

1 Kriegsende 1945 – (k)eine Stunde Null?!

Im Text der Ausstellung werden personenbezogene Bezeichnungen im generischen Maskulinum verwendet. Diese Form schließt dabei alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten gleichberechtigt ein.

Das Kriegsende in Deutschland und Europa

7. Mai 1945: In der französischen Stadt Reims unterzeichnete Generaloberst Jodl die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Die Kämpfe waren zum 8. Mai einzustellen. Die Kapitulation wurde auf Wunsch Stalins im Hauptquartier der Roten Armee in Berlin-Karlshorst in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai durch Generalfeldmarschall Keitel und weitere Offiziere wiederholt. Der Zweite Weltkrieg war damit in Europa beendet. Absolute Niederlage oder eindeutiger Sieg, Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur oder Angst, Unsicherheit und weiterer Schrecken – während für manche die Empfindungen eindeutig waren, mischten sich diese für viele Menschen. Für alle begann eine neue Zeit, ganz Europa wurde nun neu gestaltet.

Seit der verlustreichen Schlacht von Stalingrad im Winter 1942/1943 wurden die deutschen Angreifer von den Truppen der sowjetischen Roten Armee im Osten zurückgedrängt. Mit den Landungen der Alliierten in Nordafrika, Sizilien, Südfrankreich und schließlich in der Normandie schloss sich der Kreis um die Aggressoren immer enger. Im Herbst 1944 brach die Ostfront zusammen. Doch die Gewalt nahm noch zu: Ein Viertel aller europäischen Kriegstoten – so viele wie im gesamten Ersten Weltkrieg – und die Hälfte der deutschen Verluste waren in den letzten zwölf Kriegsmonaten zu beklagen. Britische Bomber warfen allein im März 1945 so viel von ihrer tödlichen Fracht ab wie in den ersten drei Kriegsjahren zusammen. Der von Deutsch-



Deutsche Soldaten marschieren im Oktober 1944 durch das zerstörte Aachen in die Kriegsgefangenschaft.

Von oben nach unten:

Am 6. Juni 1944 landeten alliierte Truppen in der Normandie: US-Soldaten fahren mit ihrem Landungsboot auf den Strandabschnitt „Omaha Beach“ zu.

US-Soldaten des 55th Armored Infantry Battalion und ein Panzer des 22nd Tank Battalion rücken am 22. April 1945 in Wernberg (Bayern) vor.

Generaloberst Alfred Jodl unterzeichnet am 7. Mai 1945 in Reims die bedingungslose Kapitulation.

land entfesselte Krieg war zu seinem Ausgangspunkt zurückgekehrt.

Noch in den letzten Kriegstagen ermordeten SS-Kommandos sogenannte „Wehrkraftzersetzer“ – Zivilisten ebenso wie desertierte oder von ihren Einheiten getrennte Soldaten. Tod oder Leben lagen eng beieinander. Der deutsche Journalist Friedrich Luft beschrieb den 30. April 1945 in Berlin: „Draußen war das Inferno. [...] Hin und wieder stolperte ein Zivilist, von Deckung zu Deckung stürzend, über den aufgeborstenen Fahrdamm. Eine Mutter jagte mit ihrem Kinderwagen aus einem ausgeschossenen, brennenden Haus in Richtung des nächsten Bunkers. [...] Dann wurde es stiller. [...] Auf den Häusern jenseits des Nollendorfplatzes sahen wir weiße Fahnen glänzen. Wir banden uns weiße Fetzen um den Arm. Da stiegen schon zwei Russen über die gleiche niedrige Mauer, über die so bedrohlich vor kurzem erst die SS-Männer gekommen waren. Wir hoben die Arme. Wir zeigten auf unsere Binden. Sie winkten ab. Sie lächelten. Der Krieg war aus.“

Der Krieg war zwar beendet, doch für die Mehrheit der Menschen in Europa bedeutete dies erst einmal Mangel, Hunger, Not und nicht zuletzt Unsicherheit: Wer aus den Familien hatte überlebt? Wie sollte es weitergehen?

»Ich überlebte als einziges von 54 Familienmitgliedern. Ich ging zurück nach Łódź, um nach Angehörigen zu suchen. Es gab keine mehr.«

VICTOR BREITBURG

Zwangsmigration in Europa

Von 1933 bis 1945 fanden enorme Bewegungen der Zwangsmigration statt. Hunderttausende Juden und politisch Verfolgte, vor allem Intellektuelle, Sozialisten und Kommunisten, emigrierten aus Deutschland. Die jüdische Bevölkerung Deutschlands und im Krieg besetzter Gebiete wurde aus rassenideologischen Gründen vertrieben und ermordet. Zur NS-Ideologie gehörte es, dass das vermeintlich überlegene deutsche „Herrenvolk“ seinen „Lebensraum“ nach Osten ausdehnen und dabei die sogenannten „slawischen Untermenschen“ ausbeuten und dezimieren sollte. In Ost- und Ostmitteleuropa wurde eine systematische Ansiedlung von „Volksdeutschen“ betrieben, während die einheimische Bevölkerung deportiert oder ermordet wurde. Hinzu kam, dass im Verlauf des Krieges bis zu 12 Millionen Ausländer als Zwangsarbeiter in Deutschland arbeiten mussten.

Im Sommer 1945 lebten 75 Millionen Menschen in Deutschland, das die Siegermächte Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion und USA in vier Besatzungszonen aufgeteilt hatten – mehr als die Hälfte von ihnen jedoch nicht dort, wo sie leben wollten. Durch die Luftangriffe

waren etwa 5 Millionen Deutsche obdachlos geworden, 4 Millionen Städter aufs Land geflohen. Über 11 Millionen deutsche Soldaten waren Kriegsgefangene. Viele kamen Ende 1946 frei. Doch aus der Sowjetunion kehrten die letzten 10.000 Kriegsgefangenen erst 1955 zurück.

Insgesamt waren in Europa nach Kriegsende mehr als 11 Millionen sogenannte Displaced Persons unterwegs: „entheimatete“ Menschen, die vor allem wieder zurück zu ihren Familien und in ihre Heimat wollten – und die oft feststellen mussten, dass bei-

des vernichtet worden war. Unter ihnen befanden sich ehemalige Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Auch ehemalige Insassen von Konzentrationslagern gehörten dazu. Oft waren sie in den letzten Kriegsmonaten auf Todesmärsche getrieben worden – wobei viele an Entkräftung starben oder erschossen wurden.

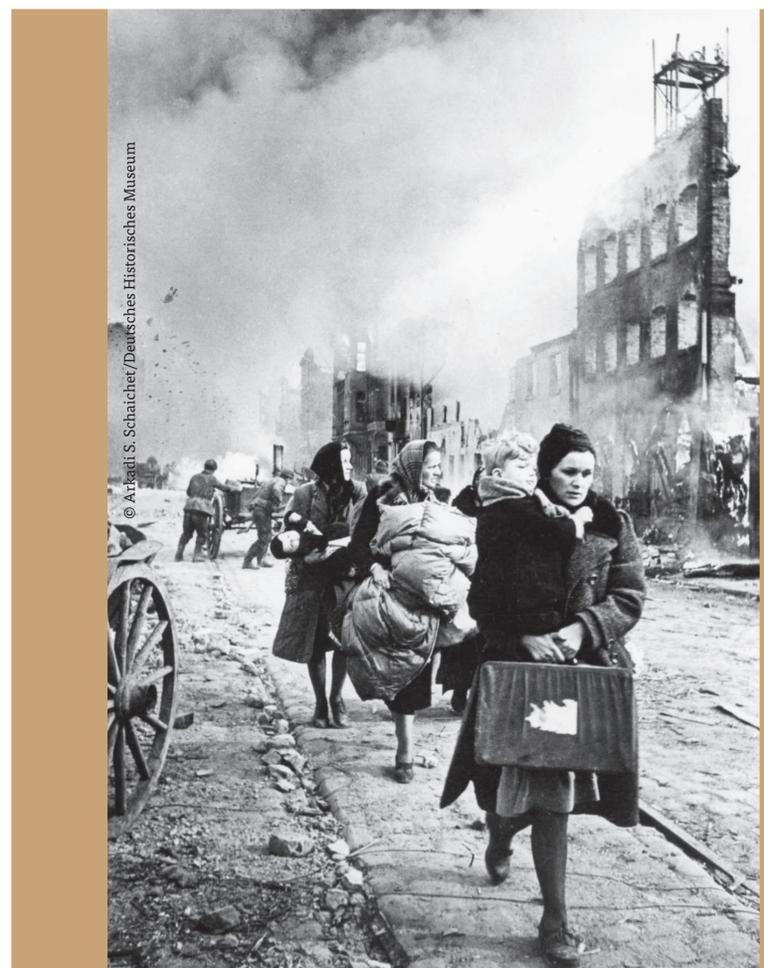


Sowjetische Kriegsgefangene betteln um Lebensmittel. 3,3 der 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen verhungerten oder starben infolge der Entkräftung an Krankheiten – die Überlebenden wurden nach der Rückkehr oft der Kollaboration verdächtig und in Arbeitslager deportiert.



Oben:
Kriegsgefangenenlager auf den Rheinwiesen zwischen Remagen und Kripp, 25. April 1945.

Rechts:
Flucht aus dem zerstörten Danzig.





Tschechische Displaced Persons vor dem Valka-Lager in Nürnberg-Langwasser auf dem Weg in die Freiheit, 1951. Das Lager beherbergte Menschen aus 30 Nationen und wurde erst 1960 geschlossen.

Als die Ostfront die deutschen Grenzen in Ostpreußen erreicht hatte, flohen viele Deutsche vor der Roten Armee. Auf der Konferenz von Potsdam beschlossen die Siegermächte, dass die deutschen Ostgebiete polnischer Verwaltung unterstellt und die deutsche Bevölkerung umgesiedelt werden sollte. Auch aus Ungarn und aus der Tschechoslowakei sollten die ethnischen Deutschen ausgewiesen werden. Sie wurden nun vertrieben. Mindestens 12 Millionen Deutsche mussten in kürzester Zeit ihre Häuser und Wohnungen mit nur wenigen Habseligkeiten verlassen. Mit der Heimat verloren viele auch ihre Identität. Die Beziehungen zwischen den Einheimischen in den aufnehmenden Regionen und den Neuankömmlingen aus dem Osten waren lange Zeit problematisch.

Das lange gewaltsame Kriegsende

Abermillionen Familien in ganz Europa hatten durch den Krieg Tote und Versehrte zu beklagen; die Erinnerungen daran sind höchst unterschiedlich. Dies beginnt schon mit dem Datum des Kriegsendes: Im Westen wird an den 8. Mai erinnert, in Russland und mehreren Staaten des früheren sowjetischen Einflussgebiets an den 9. Mai, da die Kapitulation nach Moskauer Zeit erst an jenem Tag in Kraft trat und in der Sowjetunion verkündet wurde. In den Niederlanden erinnert man am 5. Mai an den Jahrestag der Befreiung, in Italien am 25. April.

Für die alliierten Soldaten bedeutete das Kriegsende einen unter hohen Verlusten und in vielen Jahren bitter errungenen Sieg. Für die Millionen Zwangsarbeiter, Verschleppten und Gefangenen war das Kriegsende ebenso eine eindeutige Befreiung wie für die Verfolgten des NS-Regimes, zum Beispiel in den Konzentrationslagern.

Die jüdische Emigrantin Dora Scheinowitz beschrieb den 8. Mai 1945 im englischen Exil so: „Wir haben gehört, der Krieg ist zu Ende. Und draußen hat man gesungen und getanzt. Und wir waren drin und haben geweint.“ Denn sie trauerte um Familienmitglieder, die durch die Nationalsozialisten ermordet worden waren, so dass eine Rückkehr in die alte Heimat nicht mehr in Frage kam.



Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten kommen mit ihren wenigen Habseligkeiten in Bayern an.

Der Westen Europas wurde durch Besatzungstruppen, Displaced Persons, Flüchtlinge und Vertriebene vielfältiger – der Osten wurde hingegen ethnisch homogener. Aus dem ehemaligen Ostpolen wurden Polen vertrieben und in den ehemaligen deutschen Ostgebieten angesiedelt. Aus den einstigen Vielvölkerregionen entwickelten sich in kurzer Zeit ethnisch „gesäuberte“ Nationalstaaten. Die jahrhundertealte jüdische Kultur in Mittel- und Osteuropa war schon zu Kriegsbeginn von der deutschen Besatzung zerstört worden.



General de Gaulle, Präsident der provisorischen Regierung Frankreichs, fährt am 14. Juni 1944 in das bereits kurz nach der alliierten Landung befreite Bayeux ein und wird begeistert empfangen.

Für viele Deutsche war das Kriegsende zumindest ambivalent, war doch die Niederlage vollkommen und eindeutig: Anders als nach dem Ersten Weltkrieg war das eigene Land zerstört und besetzt. Hunger, Not und Vergewaltigungen (insbesondere durch sowjetische Soldaten) haben sich als Merkmale der unmittelbaren Nachkriegszeit bei vielen Deutschen eingepreßt.



CC0 1.0

© Deutsches Historisches Museum



© US National Archives/US NAID 531343 (Foto: Cpl. Edward Belfer)

Von links nach rechts:

Ustascha und deutsche Kriegsgefangene werden auf einem Todesmarsch durch Maribor getrieben.

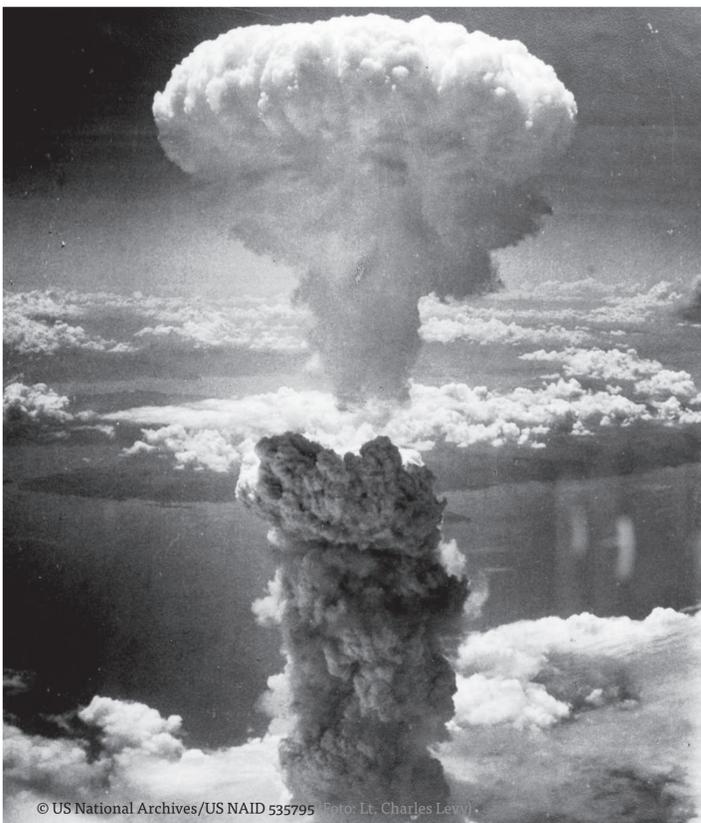
Das Konzentrationslager Dachau wurde am 29. April 1945 befreit – überlebende Häftlinge jubeln ihren Befreier zu.

Ein Massengrab mit 800 ermordeten Zwangsarbeitern wurde in Nammering bei Passau exhumiert.

In Mittel- und Osteuropa wurde nach der Befreiung vom Nationalsozialismus das sowjetische Herrschaftsgebiet erweitert – nicht ohne Widerstand. Bis zur Mitte der 1950er Jahre wurde der Widerstand in der Ukraine, im Baltikum und in Polen aber militärisch niedergeschlagen; Hunderttausende wurden in Straflager deportiert, nur wenige kehrten zurück.

Auch anderswo folgte dem Kriegsende kein Frieden: In Griechenland kämpften die kommunistischen Partisa-

nen der Griechischen Volksbefreiungsarmee (ELAS) weiterhin gegen die anderen Gruppen, die im Krieg gegen die deutschen, italienischen und bulgarischen Besatzer gekämpft hatten. Unterstützt von Jugoslawien und der Sowjetunion, führte die stalinistische Nachfolgeorganisation DSE (Demokratische Armee Griechenlands) bis 1949 einen blutigen Bürgerkrieg.



© US National Archives/US NAID 535795 (Foto: Lt. Charles Levy)

In Teilen Jugoslawiens hatten während des Krieges die faschistischen Ustascha eine totalitäre Diktatur als Vasallenstaat der Achsenmächte errichtet. Es folgte ein Genozid, dem 400.000–600.000 Serben, Juden, Roma und politische Gegner zum Opfer fielen. Nach dem Sieg der kommunistischen Partisanen unter Josip Broz Tito (1945 bis 1980 Diktator Jugoslawiens) ermordeten auch diese mindestens 70.000 Menschen.

Auf dem asiatischen Kriegsschauplatz wurde noch nach Mai 1945 gekämpft. Die Kapitulation Japans erfolgte erst am 2. September 1945, nach den US-Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki Anfang August – was den Beginn einer neuen machtpolitischen Ära bedeutete, des Atomzeitalters. Auch in dieser Region sollte der Krieg noch lange Nachwirkungen auf Staaten und Gesellschaften haben.

Am 9. August 1945 wurde auf Nagasaki die Atombombe „Fat Man“ abgeworfen, drei Tage nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima. Der Atompilz stieg 18 km hoch. 22.000 Menschen waren sofort tot, 39.000 starben innerhalb der nächsten vier Monate und viele weitere in den folgenden Jahrzehnten.

Volksbund

Der Volksbund im Nationalsozialismus

1919 wurde der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge als gesamtgesellschaftlicher Verein gegründet, um den Toten des Ersten Weltkriegs ein würdiges Grab zu ermöglichen. Viele Friedhöfe für die Gefallenen wurden im In- und Ausland errichtet. Der Volksbund schlug auch den Volkstrauertag als Gedenktag für die Millionen Toten vor. Dieser wurde erstmalig im Reichstag 1922 begangen.



Werbepostkarte des Volksbundes in Bayern aus dem Jahr 1920: Viele Kriegsgräber waren während des Krieges 1914–1918 in größter Eile angelegt worden und nun in einem oft schlechten Zustand.

In der nationalsozialistischen Diktatur wurde aus der trauernden Erinnerung an den Verlust zahlreicher Menschenleben die Ehrung von „Kriegshelden“: Umbenannt in „Heldengedenktag“, wurden die Flaggen nicht mehr



„Heldengedenktag“ am 21. Februar 1937 in der Staatsoper Berlin, am Pult Reichskriegsminister Werner von Blomberg.

auf halbmast, sondern stolz auf vollstock gehisst. Träger des „Heldengedenktags“ waren nun die NSDAP und die Wehrmacht. Nicht wenige Unterstützer des Volksbundes begrüßten diese Änderungen, die auch den Verein selbst betrafen: Das

Gründungsmitglied Siegfried Emmo Eulen wurde 1933 im Rahmen der Gleichschaltung zum „Bundesführer“ ernannt, während sich der Volksbund der nationalsozialistischen Heldenverehrung nur allzu bereitwillig unterwarf und zum Beispiel „nichtarische“ Mitglieder ausschloss.

Bereits vor und vor allem während des Zweiten Weltkrieges plante man riesige Totenburgen, von denen die meisten nach dem erwarteten „Endsieg“ errichtet werden sollten. Tatsächlich führte der Krieg zu weit größeren Verlusten und Zerstörungen als der Erste Weltkrieg. In



© Volksbund Archiv (Klara Haefl)

»Hier ist ein Gräberfeld.
Hier ist der Tod.«

JANINA BRONIEWSKA,
POLNISCHE SCHRIFTSTELLERIN,
ÜBER DAS ZU 85 % ZERSTÖRTE WARSCHAU



Das fast vollständig zerstörte Warschau im Januar 1945.

Deutschland waren insbesondere die Städte betroffen. Als Alfred Döblin 1945 in das Land zurückkehrte, sah er Städte, „von denen wenig mehr als die Namen existieren“. Vor allem im letzten Kriegsjahr wurden viele Soldaten und Zivilisten in schnell errichteten Behelfsgrabstätten beerdigt, oft mitten in den Städten. Hinzu kamen zahlreiche Verschüttete der Bombardierungen und der Endkämpfe, die oft erst in den Jahren und Jahrzehnten nach Kriegsende geborgen und umgebettet wurden.

Der „Bundesführer“ Eulen war bereits Anfang 1945 als Soldat an den Folgen eines Lungenschusses gestorben. Der Volksbund, 1945 aufgelöst und 1946 neu gegründet, passte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erneut an und verwarf das 1933 eingeführte Führerprinzip. Vordringliche Aufgabe war es jetzt, die zahlreichen, oft nur behelfsmäßig verscharrten Toten des letzten Krieges zu bestatten.



© Volksbund Archiv

Links oben:
Feldgrab bei Schleiden in
der Eifel.

Unten:
Wie hier in Berlin mussten
in vielen Städten in aller
Eile Gräber angelegt werden.

2 Eine neue Ordnung nach dem Krieg

Die drei großen Konferenzen der „großen Drei“

Nach dem zerstörerischen Ersten Weltkrieg sollte ein weiterer Krieg verhindert werden. Dies misslang ebenso gründlich wie eine beständige Nachkriegsordnung: In den Pariser Vorortverträgen (zum Beispiel dem Versailler Vertrag mit dem Deutschen Reich) wurden den unterlegenen Staaten neben Gebietsabtretungen auch massive Reparationen aufgebürdet. Der Friedensschluss wurde von vielen Nationen abgelehnt, während der neu gegründete Völkerbund seinen hohen Erwartungen nicht gerecht werden konnte.

Diese Fehler wollten die alliierten Siegermächte nach dem Zweiten Weltkrieg vermeiden: So trafen sich die Regierungschefs Großbritanniens, der Sowjetunion und der USA zu mehreren Konferenzen, in denen Eckpunkte der künftigen Friedensordnung festgelegt wurden. Auf der Konferenz von Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943) wurden unter anderem die Pläne für die Aufteilung Deutschlands in mehrere Einzelstaaten besprochen. Stalin beharrte auf der Annexion der baltischen Staaten und Ostpolens, die dann weitgehend akzeptiert wurde.

Auf der Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945) beschlossen die drei Politiker, dass Deutschland dezentral von einem gemeinsamen Alliierten Kontrollrat (einschließlich Frankreichs) in Besatzungszonen regiert werden sollte. Bis auf die Forderungen nach einer bedingungslosen Kapitulation sowie nach Demilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands blieben viele Formulierungen, zum Beispiel zu den Grenzverläufen, vage.

Die Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) fand im Schloss Cecilienhof statt. Harry S. Truman war nach dem Tod Franklin D. Roosevelts neuer US-Präsident, und ab dem 28. Juli ersetzte Clement Attlee den abgewählten Winston Churchill als britischen Premierminister. Man einigte sich darauf, dass die vier Mächte

in ihren Besatzungszonen politische Gestaltungsfreiheit haben sollten. Churchill hatte noch auf den deutschen Charakter der Gebiete östlich von Oder und Neiße hingewiesen, in denen neun Millionen Deutsche ihre Heimat hatten. Nach den Plänen Polens und der Sowjetunion sollte die deutsche Bevölkerung jedoch von dort vertrieben werden, wobei Stalin behauptete, sie sei bereits fortgegangen.



Josef Stalin, Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill auf der Konferenz von Teheran, 1. Dezember 1943.



© National Archives/US NAID 531340



© Foto: Kohnert/Deutsches Historisches Museum

Von links nach rechts:

Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt und Josef Stalin auf der Konferenz von Jalta am 11. Februar 1945.

Im Juli 1945 verhandelte noch Churchill mit Harry S. Truman und Stalin auf der Potsdamer Konferenz.

Die „4 D“ als eines der Hauptergebnisse der Potsdamer Konferenz:

Denazifizierung (auch: Entnazifizierung):

Entfernung des nationalsozialistischen Einflusses auf alle gesellschaftlichen Aspekte in Deutschland und Österreich

Demilitarisierung (auch: Entmilitarisierung):

vollständiger Abbau aller deutschen Streitkräfte und der Rüstungsindustrie

Demokratisierung:

Umgestaltung des politischen Lebens zu einer demokratischen Republik

Dezentralisierung:

Verhinderung der Machtkonzentration durch Übergabe von Aufgaben und Verantwortlichkeiten auf untergeordnete Ebenen (Regionen, Distrikte, Gemeinden)

Am Ende stand die Formulierung, dass „bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens“ jene Gebiete „unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen“. Zudem wurde vereinbart, dass die deutsche Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ zu überführen sei. Damit wurde die bereits vor Monaten begonnene zwangsweise Vertreibung legitimiert.



Das in Besatzungszonen aufgeteilte Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg (1. September 1945).

Umgang mit der Not

Die unmittelbare Nachkriegszeit in Europa war insgesamt durch Hunger und Mangel geprägt: Viele Menschen lebten jahrelang in Notunterkünften, Lebensmittel waren rationiert und nur gegen Karten erhältlich. In Deutschland war die Versorgungslage während des Krieges recht stabil geblieben, und zwar auf Kosten der besetzten Länder, die systematisch ausgeraubt und aus denen Menschen zur Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht wurden. Nun regierte der Schwarzhandel und jeder „organisierte“, so gut er konnte, oder, wie es der Schriftsteller Heinrich Böll ausdrückte: „Jeder hätte jeden mit Recht des Diebstahls bezichtigen können.“ Bei „Hamsterfahrten“ versuchten Städter auf dem Land Habseligkeiten und Familienerbstücke gegen Essbares einzutauschen. Insgesamt 100 Millionen sogenannte „CARE-Pakete“ mit Grundnahrungsmitteln wurden über ein US-amerikanisches Hilfsprogramm in Europa verteilt, davon 10 Millionen in Westdeutschland. Das diente nicht nur der Versorgung, sondern war auch ein wichtiges Zeichen an die Empfänger.

Erst mit der Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen am 20. Juni 1948 stabilisierte sich die Situation: Viele Menschen empfanden die Einführung der neuen Währung, der D-Mark, und die damit einhergehende soziale und rechtliche Sicherheit als eigentliches Kriegsende. Das European Recovery Program (ERP, 1948–1952), nach dem US-Außenminister George C. Marshall auch „Marshall-Plan“ genannt, hatte vor allem psychologische Wirkung: Anders als nach dem Ersten Weltkrieg unterstützten die USA das kriegszerstörte Europa – einschließlich der ehemaligen Kriegsgegner. Zudem wurden Handels- und Zollbarrieren durch die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC/OECD) abgebaut, ein wichtiger Schritt für die sich anschließende europäische Integration.



© Winfried Esch/Deutsches Historisches Museum



© Joseph Schorer/Deutsches Historisches Museum

Von oben nach unten:

Die städtische Bevölkerung versuchte sich auf „Hamsterfahrten“ mit Lebensmitteln zu versorgen, wie hier von Berlin nach Elsterwerda im Oktober 1945.

Der Schwarzmarkt florierte in der Nachkriegszeit, wie hier auf den Straßen Hamburgs.

Umgang mit den Tätern

Der erste Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher (20. November 1945 bis 1. Oktober 1946) war ein Meilenstein der internationalen Rechtsprechung. Immer wieder als vermeintliche „Siegerjustiz“ verunglimpft, stellte er den gelungenen Versuch dar, ein staatlich gelenktes Menschheitsverbrechen juristisch anzugehen. 1946 bis 1949 fanden in Deutschland zwölf weitere Prozesse gegen 185 Führungskräfte statt. Darüber hinaus wurden in den westlichen Besatzungszonen Strafverfahren gegen 5.200 Personen geführt, die mit 668 Todesurteilen endeten, und in der sowjetischen Besatzungszone gegen 16.000 weitere Personen bei 118 Todesurteilen. In der sowjetischen Besatzungszone verschwanden 122.000 Menschen in Lagern, von denen 42.000 umkamen.

In Deutschland ergaben sich zwei große Teilaufgaben der sogenannten Entnazifizierung: Auffinden und Bestrafen von NS-Tätern sowie demokratische Umerziehung. Mehr als 900.000 Menschen wurden angeklagt, 1.667 davon als Hauptschuldige für im Namen des Nationalsozialismus begangene Verbrechen. Kam es überhaupt zu Gerichtsverfahren, waren die verhängten Strafen oft gering oder wurden schnell herabgesetzt, so dass die Entnazifizierung zweifelhaft und für die nachfolgende Generation die Frage der Gerechtigkeit gegenüber Tätern und Opfern des Nationalsozialismus offen blieb.

Viele Deutsche nahmen sich nämlich eher als Opfer denn als Täter wahr. Dies war ein Weg, die frühere Loyalität zum NS-Regime abzustreifen. Niemand wollte nun Nationalsozialist gewesen sein; man habe sich – das war oft zu hören – widerwillig anpassen müssen oder nur Befehlen gehorcht.



Blick auf die Zonengrenze in der Waltersdorfer Chaussee in Berlin-Rudow.

» Von Stettin an der Ostsee bis Triest an der Adria hat sich ein Eiserner Vorhang auf Europa herabgesenkt. Dahinter liegen all die Hauptstädte der alten Staaten Mittel- und Osteuropas.«

WINSTON CHURCHILL, 5. MÄRZ 1946



Die Angeklagten des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher, November 1945.



Die einst besetzten Staaten wollten die eigenen Unterstützer des Nationalsozialismus belangen. Echte und vermeintliche Kollaborateure wurden angeklagt, aber auch außergerichtlich bestraft. Allein in Frankreich wurden mehr als 20.000 Frauen, die sich mit Besatzern eingelassen hatten, öffentlich gedemütigt, wie diese Frau in Montélimar.

Die Erste Phase des Kalten Krieges

Die Brüche in der „Zweckgemeinschaft“ der Siegermächte waren schon in den Konferenzen während des Krieges sichtbar geworden. Nachdem nun der gemeinsame Feind niedergelassen worden war, traten die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden unterschiedlichen politischen Systemen offen zu Tage. Stalin drückte es so aus: „Dieser Krieg ist anders als frühere; wer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann.“ Die Rote Armee war in der Tat weit vorgedrungen, und ob sich Stalin auf das eroberte Territorium beschränken würde, war keinesfalls gesichert.

Die Teilung Deutschlands in die sowjetische Besatzungszone einerseits und die drei westlichen andererseits verfestigte sich immer stärker. Die Londoner Sechsmächtekonferenz (23. Februar bis 2. Juni 1948) ebnete ohne Beteiligung und Unterrichtung der Sowjetunion den Weg für die Gründung eines westdeutschen Staates. Aus Protest gegen diese Konferenz verließ der sowjetische Vertreter am 20. März 1948 dauerhaft den Alliierten Kontrollrat, die gemeinsame Viermächte-Regierung für Deutschland als Ganzes war damit gescheitert.

Am 24. Juni 1948 nahm die sowjetische Besatzung die Währungsreform in den westlichen Zonen zum Anlass, alle Land- und Wasserwege nach West-Berlin abzuriegeln. Während der 322 Tage andauernden Blockade wurde die Stadt durch die Westalliierten aus der Luft versorgt. Rund 278.000 Flüge brachten im engen Takt gut 2,1 Millionen Tonnen Güter – vor allem Heiz- und Brennstoff sowie Nahrung und Medikamente – nach West-Berlin. Diese „Luftbrücke“ war ein wichtiges Zeichen für West-Berlin, Westdeutschland und ganz Europa: Man stand den Menschen gegen die Sowjetunion bei, wenige Jahre nach Ende des von Deutschland verursachten Krieges tat sich damit eine neue Front im Kalten Krieg auf.



Links:
Dieses DDR-Propagandaplakat aus dem Jahr 1952 rief nicht nur zum Wiederaufbau auf, sondern verwies auf die Zerstörung durch „Ami-Bomben“.

Unten:
Der oft ungewohnte Inhalt eines „CARE-Pakets“ wird von der versammelten Familie geöffnet.



Über eine „Luftbrücke“ wurde West-Berlin versorgt: Kinder winken am 5. Juli 1948 einem „Rosinenbomber“ zu.



1945 war CARE von 22 US-Wohlfahrtsverbänden gegründet worden. Während der Berlin-Blockade erreichten fast 3 Millionen Pakete West-Berlin.

Volksbund



Kriegsgräberstätte Ysselsteyn, Niederlande, ca. 1953.

Neuaufbau im Westen, Verbot im Osten

Mit Kriegsende wurde der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der als gleichgeschaltete nationalsozialistische Organisation galt, aufgelöst. In den westlichen Besatzungszonen konnte der neu gegründete Volksbund seine Tätigkeiten schon ab 1946 wieder aufnehmen, galt es doch, Grabstätten für die zahlreichen Kriegstoten anzulegen. Diese wurden nun schlicht und wenig heroisch gebaut: Im Mittelpunkt stand der Soldat als Opfer des Krieges, weniger der militärische Rang oder der zivile Stand. Oft wurden auf Grabsteinen nur Namen, Geburts- und Todesdaten erwähnt – sofern sie überhaupt bekannt waren.



Feldgrab einer Mutter und ihrer beiden Kinder am Rande einer Straße.

© Volksbund Archiv

Auf vielen Grabsteinen sind hingegen nur unvollständige Angaben zu sehen. Gerade Zivilpersonen konnten oft nicht mehr identifiziert werden, während Soldaten in der Regel eine Erkennungsmarke bei sich trugen. Sowjetische Tote, die als Kriegsgefangene in großen Lagern der Wehrmacht, zum Beispiel Bergen-Belsen, ohne Versorgung an Krankheit oder Hunger starben, bekamen auf großen Grabanlagen keine Namenskennzeichnung, obwohl deren Namen bekannt waren. So steht auf vielen Grabsteinen „unbekannt“ und häufig liegen die nicht mehr voneinander trennbaren Überreste mehrerer Menschen in einem Grab.

In der Sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR wurde der Volksbund hingegen verboten. Dies passte zum Selbstbild, ein gänzlich neuer Staat zu sein,

der keinerlei Verbindung zum früheren Deutschland hat: Die Gefallenen der Roten Armee wurden ausschließlich als heldenhafte Befreier geehrt, die eigenen Kriegstoten tabuisiert. Denkmäler für den Ersten Weltkrieg wurden aus zentralen Lagen der Städte und Gemeinden versetzt oder abgerissen, während man neue „antifaschistische und antimilitaristische“ Denkmäler errichtete. Am Verbot des Volksbundes in der DDR sollte sich bis zur Wiedervereinigung 1990 nichts ändern.

In Westdeutschland wurden viele Denkmäler des Ersten Weltkrieges um Tafeln mit den Jahreszahlen des Zweiten Weltkriegs ergänzt. Sie bekamen damit eine neue Ausrichtung – ein problematischer Vorgang, nicht nur bei nationalistischen Denkmälern, war doch der Charakter des Zweiten Weltkriegs als Vernichtungskrieg ein gänzlich anderer als der des Ersten Weltkriegs.



© Volksbund Archiv

Von oben nach unten:

Das Leben geht weiter: Feldgrab dreier Soldaten am Berliner Wannsee.

Die Erkennungsmarke eines Soldaten, gefunden in Koźle, Polen.



© Volksbund Archiv



Internationales Jugendlager, La Cambe, Frankreich, 1957.

3 Europa als Friedensmodell

Auferstanden aus Ruinen: Die Gründungen der beiden deutschen Staaten

Der Parlamentarische Rat schuf in den westlichen Besatzungszonen mit dem am 23. Mai 1949 erlassenen Grundgesetz eine Verfassung für die neu gegründete Bundesrepublik Deutschland. Am 7. Oktober 1949 wurde im Gegenzug in der sowjetischen Besatzungszone die Deutsche Demokratische Republik (DDR) gegründet. Beide Gründungen hatten den politischen Anspruch, für ganz Deutschland zu gelten – 40 lange Jahre sollten diese beiden deutschen Staaten Bestand haben.



Konrad Adenauer, erster Kanzler der Bundesrepublik, verfolgte die Anbindung Deutschlands an die Westmächte, die von den USA angeführt wurden. Die Soziale Marktwirtschaft und der enorme wirtschaftliche Aufschwung der 1950er Jahre prägten die westdeutsche Gesellschaft, während die DDR als sozialistischer Staat der Planwirtschaft sowjetischen Vorbilds folgte.

Am 1. September 1948 fand die erste Sitzung des Parlamentarischen Rates in Bonn statt.



Demonstranten in der Leipziger Straße bewerfen am 17. Juni 1953 sowjetische Panzer mit Steinen.

»Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.«

**WALTER ULBRICHT,
FÜHRENDER FUNKTIONÄR DER KPD/SED, 1945**

Durch Demontagen (Abbau von Industrieanlagen) und hohe Reparationsleistungen zugunsten der Sowjetunion waren die wirtschaftlichen Startbedingungen der DDR viel schwieriger. Nach und nach erhielten die beiden deutschen Staaten internationale Anerkennung und mehr Souveränität. Im Juli 1951 erklärten die drei Westmächte formell das Ende des Kriegszustandes mit Deutschland, 1955 folgte die Sowjetunion.

Spätestens mit dem Koreakrieg (1950–1953) wurde deutlich, dass sich die Machtblöcke, nun angeführt von den USA im Westen und der Sowjetunion im Osten, auseinanderentwickelten, je eigene Interessen verfolgten und sich zunehmend feindlich gegenüberstanden. Durch den Besitz von atomaren Waffensystemen auf beiden Seiten blieben offene militärische Auseinandersetzungen aus. Im sogenannten Kalten Krieg setzte man auf die Abschreckung des Feindes und darauf, den eigenen Machtbereich weltweit auszubauen und zu halten. Dies führte auch zur Festigung der deutschen Teilung.



© Fortepan/Pesti Srác/ID 23686

Protest gegen die kommunistischen Regime wurde im sowjetischen Machtbereich niedergeschlagen.



© CIA

Von oben nach unten:
Demonstration in Budapest, 1956.
Einmarsch sowjetischer Truppen während des „Prager Frühlings“, 1968.

Ab dem 5. Mai 1955 stellte die Bundesrepublik mit der Bundeswehr eigene Streitkräfte auf und trat am 6. Mai dem westlichen Verteidigungsbündnis NATO (North Atlantic Treaty Organization) bei; am 14. Mai folgte die DDR in die kommunistische Entsprechung, den Warschauer Pakt. Die Nationale Volksarmee (NVA) wurde anschließend am 1. März 1956 als Armee der DDR gegründet. Im Westen war die Wiederbewaffnung von heftigen Protesten begleitet: Zehn Jahre nach dem Kriegsende wollten viele Menschen lieber Neutralität wahren – doch dies war für die Regierung Adenauers an der Nahtstelle zwischen Ost und West keine politische Möglichkeit. So standen sich auf deutschem Boden die beiden Machtblöcke jahrzehntelang waffenstarr gegenüber. Und oft genug war nicht klar, ob die Konfrontation in einen alles Leben vernichtenden Nuklearkrieg münden würde.



Oben:
Kinder tragen Plakate gegen Väter als Soldaten,
Westdeutschland, ca. 1952.

Links:
Protest gegen die Wiederbewaffnung vor dem Römer in
Frankfurt am Main, 15. Januar 1955.

Von Kriegsgegnern zu Wirtschaftspartnern

Europa ist ein Kontinent mit unterschiedlichen Regionen, Sprachen und Kulturen. Immer wieder gab es in seiner Geschichte Ideen für eine europäische Einigung. Nach dem französischen Staatsmann Maximilien de Béthune (1560–1641) sollte Europa als christlicher Friedensbund aus Republiken und Monarchien bestehen. Damit wurden die Herrschaftsideen von Karl dem Großen (ca. 747–814) wieder aufgegriffen. Der Brite William Penn (1644–1718) stellte Ende des 17. Jahrhunderts die europäische Einheit zur Herstellung eines dauerhaften Friedens heraus. Immanuel Kant (1724–1804), deutscher Philosoph, sah die Einigung republikanischer Staaten als Voraussetzung für den Weltfrieden. Im Jahr 1849 forderte der französische Schriftsteller Victor Hugo (1802–1885) die „Vereinigten Staaten von Europa“, obwohl zu jener Zeit zunehmend starke Nationalstaaten entstanden.

Frankreich war als Kontinentalmacht im beständigen Wettstreit mit deutschen Staaten als östlichen Nachbarn, und zwar nicht erst seit Napoleons Herrschaft (1799–1814/15) oder dem Deutsch-Französischen Krieg (1870/71). Die französischen Versuche, Deutschland auszugrenzen, einzukreisen oder aufzuteilen, waren immer wieder gescheitert, ebenso wie die Versuche Deutschlands, seinen Machtbereich auszuweiten. Erst nach vielen militärischen Auseinandersetzungen gelang es, dass sich zunächst Deutsche und Franzosen mit einer europäischen Perspektive zusammenfanden, um einen anderen Weg zu gehen als den der nationalstaatlichen Konkurrenz und vorgeblichen „Erbfeindschaft“: Man wollte Probleme nun gemeinsam lösen.



Von oben nach unten:

Proeuropäische Demonstration Jugendlicher
an der deutsch-französischen Grenze bei
St. Germanshof/Weiler im August 1950.

Europakundgebung auf der Loreley mit
ca. 10.000 jungen Menschen aus
14 Ländern, 1951.



Fast alle europäischen Staaten beteiligen sich am Europarat.

© Ralf Konecsnek/rolschek.at, CC BY 4.0

Bereits am 5. Mai 1949 wurde der Europarat als Forum für Debatten und allgemeine europäische Fragen von den zehn Staaten Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Schweden gegründet. Die Bundesrepublik Deutschland trat 1950 als assoziiertes, ab 1951 als vollberechtigtes Mitglied bei. Heute gehören dem Europarat 47 der 50 Staaten Europas an. Unter den mehr als 170 Abkommen des Europarats ist die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950 das wichtigste.

Ein weiterer früher Schritt zum Friedensprojekt Europa war die „Montanunion“ genannte Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Sie basierte auf dem Vorschlag des französischen Außenministers Robert Schuman vom 9. Mai 1950, die deutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion, wichtige Faktoren der Kriegsindustrie, zusammenzulegen und gemeinsam zu verwalten. In die EGKS waren von Beginn an Belgien, Italien, Luxemburg und die Niederlande eingebunden – Länder, die noch wenige Jahre zuvor von Deutschland besetzt und ausgeplündert worden waren. Die Mitglieder der „Montanunion“ traten Teile ihrer Hoheitsrechte auf eine überstaatliche Organisation ab – ein bis dahin undenkbarer Vorgang. Parallel dazu wurde 1952 der Europäische Gerichtshof in Luxemburg geschaffen, um Streitigkeiten rechtsstaatlich zu lösen.



© US National Archives/USNAID 541969

Frankreich verlor den Indochinakrieg – und wurde bei den anschließenden Verhandlungen von der Sowjetunion unterstützt. Am Ende stimmte die französische Regierung gegen die EVG.

»Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der jahrhundertealte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird.«

ROBERT SCHUMAN, 9. MAI 1950

Seit 1986 wird der 9. Mai als Europatag der Europäischen Union feierlich begangen.

Zwei Schritte zurück, ein großer vor: EVG, EPG und EWG

Im Zuge des Koreakriegs (1950–1953) drängten die USA auf die Wiederbewaffnung Westdeutschlands. Aber für einige Nachbarn, noch vor wenigen Jahren besetzte Länder, war dies noch nicht vorstellbar. So schlug der französische Premierminister René Pleven im Oktober 1950 die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vor, in der westeuropäische Streitkräfte unter einem gemeinsamen Kommando integriert werden sollten. Im Gegensatz zu den anderen Mitgliedsländern hätten die westdeutschen Streitkräfte vollständig in der Gemeinschaft aufgehen müssen. Nach langen Verhandlungen wurde der EVG-Vertrag am 26./27. Mai 1952 unterzeichnet.



Links:

Rekrutenwerbung für die neu aufgestellte Bundeswehr.

Rechts:

In diesem Propagandaplakat der DDR bedroht ein Skelettsoldat mit deutschem Weltkriegs-Stahlhelm den Betrachter, mit den Runen der SS und der Flagge der USA auf dem Kragenspiegel.

Die Kritik von verschiedenen Seiten riss jedoch nicht ab: In Frankreich fürchteten konservative Kräfte um Charles de Gaulle eine Aufgabe nationaler Souveränität. In Westdeutschland sahen viele die Wiedervereinigung Deutschlands durch eine zu starke Orientierung nach Westen gefährdet und durch eine überstürzte Wiederbewaffnung auf lange Sicht verhindert. Auch die Sowjetunion wollte solche Bestrebungen verhindern und bot die deutsche Wiedervereinigung bei anschließender Neutralität an.

Die Regierung der Bundesrepublik und die Westalliierten glaubten jedoch nicht, dass ein vereinigtes, aber neutrales Deutschland eine realistische Option war. Im französischen Parlament lehnte eine Mehrheit aus Gaullisten und Kommunisten sowie einigen Sozialisten und Liberalen die Ratifizierung der EVG ab. Das Projekt war gescheitert – Westdeutschland trat dafür kurz darauf der NATO bei. An die EVG wäre zudem die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) gekoppelt

gewesen: Neben der „Montanunion“ und der EVG sollten darin die Außenpolitik der Mitgliedsstaaten und ein gemeinsamer Binnenmarkt festgelegt werden. Durch das Scheitern der EVG wurde auch die EPG hinfällig.

Um das politische Projekt wieder aufzunehmen, wurde der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak 1955 einem Ausschuss vorgesetzt, der einen gemeinsamen europäischen Markt vorbereiten sollte. Der Spaak-Bericht führte zur Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957, der Geburt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom).



Die Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Gründung der EWG am 25. März 1957.

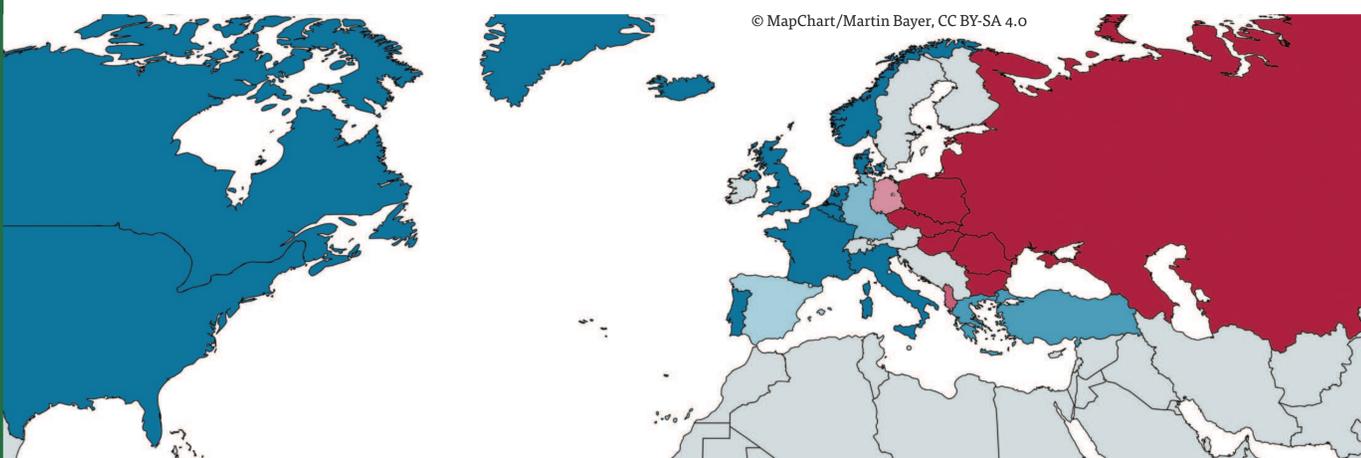


© ap/dpa/picture alliance/Süddeutsche Zeitung Photo

Oben:
Demonstration für den Beitritt Großbritanniens zur EWG in Bonn, 4. Februar 1963.

Unten:
Im Kalten Krieg war die Welt in zwei Machtblöcke gespalten, deren Einflusszonen weit über die Mitgliedsstaaten der beiden Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt hinausgingen.

In den 1950er Jahren versprach die friedliche Nutzung der Atomenergie Fortschritt und Wohlstand. Euratom sollte hierzu beitragen. In den Ländern der EWG wiederum sollten schrittweise ein gemeinsamer Markt und eine harmonisierte Sozialpolitik geschaffen werden. Auch hier gab es diverse Widerstände zu überwinden. So hatten Großbritannien und Dänemark bereits 1961 Aufnahmeanträge an die EWG gerichtet, die nur deshalb von Frankreich unter dem neuen Staatschef Charles de Gaulle vehement abgelehnt wurden, da ein Verlust der eigenen Führungsrolle befürchtet wurde. Auch die von Großbritannien vorgeschlagene Vereinigung aus EWG und OEEC (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, gegründet 1948) zu einer großen Freihandelszone lehnte Frankreich ab. So blieb es vorerst bei den sechs Gründungsmitgliedern.



© MapChart/Martin Bayer, CC BY-SA 4.0

NATO & Warschauer Pakt

- NATO ab 1949
- 1. NATO-Erweiterung 1952
- 2. NATO-Erweiterung 1955
- 3. NATO-Erweiterung 1982
- WP ab 1955
- WP 1955–1968 (Albanien)
- WP ab 1955, militärische Integration nach Gründung der NVA 1956 (DDR)

Volksbund: Versöhnung über den Gräbern

Schon im ersten westdeutschen Kriegsgräbergesetz von 1952 wurden – anders als in früheren Kriegen – nicht nur im Krieg, in der Kriegsgefangenschaft und an den Kriegsfolgen gestorbene Soldaten genannt, sondern auch deutsche und ausländische Zivilpersonen, die durch Kriegseinwirkungen oder Gewaltherrschaft ihr Leben verloren hatten. Das Gesetz legte in Deutschland die Verantwortung für die Pflege der Gräber in die Hände der Bundesländer.

Der Volksbund erhielt das Beratungsrecht zur Gestaltung der inländischen Kriegsgräber. Zudem übertrug die Bundesregierung unter Bundeskanzler Adenauer dem Volksbund die Fürsorge für deutsche Kriegstote im Ausland. Nach und nach konnten Abkommen mit – zuerst nur westlichen – Ländern hierzu geschlossen werden. Der Volksbund errichtete in den folgenden Jahren zahlreiche Sammelfriedhöfe in Europa und Nordafrika. Schon zu dieser Zeit begann die Jugendarbeit des Volksbundes: zunächst in Arbeitseinsätzen, dann in Begegnungsprogrammen. Ab 1990 folgte der Aufbau von Jugendbegegnungsstätten im In- und Ausland. Die Arbeit war besonders im Ausland in den 1950er Jahren nicht unproblematisch, entwickelte sich aber zusehends mit den verbesserten Beziehungen Deutschlands zu den ehemaligen Kriegsgegnern.

Die meisten Soldaten waren im Krieg auf den Schlachtfeldern „in fremder Erde, fern der Heimat“ im Ausland bestattet worden und ihre Gräber als

Trauerort für die Angehörigen schwer erreichbar. Deshalb organisierte der Volksbund Reisen zu den Friedhöfen außerhalb Deutschlands. Das Motto des Volksbundes „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“ verwies früh auf die Verständigungsarbeit zwischen den einstigen Feinden.

1950 fand die erste zentrale Gedenkveranstaltung des Volksbundes im Bundestag statt. Seit 1952 ist der Volkstrauertag ein staatlicher Gedenktag der Bundesrepublik und findet immer zwei Sonntage vor dem ersten Adventssonntag statt. Das Gedenken umfasst heute die im Gräbergesetz genannten Opfergruppen, zudem beispielsweise auch in Einsätzen gestorbene Bundeswehrangehörige. Das Sprechen des Totengedenkens wurde 1952 durch Bundespräsident Theodor Heuss eingeführt.

In der DDR wurde von der Regierung ein „Internationaler Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg“ eingerichtet, der am zweiten Sonntag im September begangen wurde. Ein Gräbergesetz wurde nicht verabschiedet. Die Kriegstoten wurden oft nicht identifiziert oder als „unbekannt“ bestattet, obwohl die Namen bekannt waren.

Von oben nach unten:

Jugendliche arbeiten auf dem Friedhof Champigny-Saint-André, Frankreich, 1958.

Ankunft im internationalen Jugendlager in Damvillers, Frankreich, 1960er Jahre.

Trauernde Angehörige auf dem neu eröffneten Friedhof Andilly, Frankreich, 1962.



© Volksbund Archiv (Foto: Franz Josef Rustige)



© Volksbund Archiv (Foto: Suderow)



© Volksbund Archiv (Foto: Heinz Hinkel)



© Volksbund Archiv (Foto: Alfred Ehrhardt)

Blick über das Gräberfeld des Friedhofs Ysselsteyn, Niederlande, 1963.

4 Von der Wirtschafts- zur Wertegemeinschaft

Das lange Ende der Erbfeindschaften

Früh war klar, dass für eine europäische Einigung die deutsch-französische Annäherung benötigt wurde. Unter Schuman, Monnet, Adenauer, Spaak und anderen überzeugten Europäern wurde diese in der unmittelbaren Nachkriegszeit ausgebaut, Vorbehalten und Widerständen zum Trotz. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg war der Élysée-Vertrag, der von Präsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer am 22. Januar 1963 in Paris unterzeichnet wurde. In diesem Freundschaftsvertrag wurden regelmäßige Treffen von Regierungsvertretern sowie Absprachen für eine gemeinsame Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik vereinbart. Auch der kulturelle Austausch zwischen den beiden Nationen sollte gefördert werden, zum Beispiel durch Sprachunterricht und Austauschprogramme. Nachdem der Vertrag seine Gültigkeit erhalten hatte, folgte die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW). Hinzu kamen zahlreiche Städtepartnerschaften und der Austausch zwischen Schulen, Vereinen und anderen Institutionen.

Auch wenn Charles de Gaulle enttäuscht wurde, weil er mit dem Vertrag Deutschland aus der Verbindung zu Großbritannien und den USA herauslösen wollte, wurde an dem Willen beider Länder zu Aussöhnung und Freundschaft festgehalten. Westdeutschland forderte weiterhin die Aufnahme Großbritanniens in die EWG, enge Beziehungen zu den USA sowie die Einbindung Westeuropas in die NATO.

Ein wichtiger Moment dieser Entwicklung war das Zusammentreffen von Präsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl am 22. September 1984 in Verdun. Der deutsche Bundeskanzler

war im Juni nicht zu den Feierlichkeiten anlässlich des 40. Jahrestags der Landung der Alliierten in der Normandie eingeladen worden. Um die Aussöhnung zwischen Franzosen und Deutschen zu betonen, kam es wenige Monate später zu dem Treffen beider Staatsmänner. Mitterrand war 1940 bei Verdun verwundet worden und kurz darauf in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten; Kohl hatte seinen Bruder in diesem Krieg verloren. Zudem ist die Schlacht von Verdun ein für Deutsche und Franzosen wichtiges Symbol des Ersten Weltkriegs. Und nun standen die beiden am Beinhaus von Douaumont, in dem die Überreste von über 130.000 bei Verdun gefallenen Franzosen und Deutschen bestattet sind, und hielten sich spontan an den Händen – eine persönliche Geste, die damals wie heute sehr berührt.

Bestrebungen zur Aussöhnung gab es auch im Osten: Am 18. November 1965 sandten die polnischen katholischen

Bischöfe einen Brief zur Versöhnung an ihre Amtsbrüder in Deutschland. In dieser Botschaft hieß es angesichts der Verbrechen des Vernichtungskrieges, des Genozids, aber auch der Vertreibung: „Wir versuchen zu vergessen. [...] In diesem allerchristlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin [...], gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“



Von oben nach unten:

Charles de Gaulle und Konrad Adenauer werden 1962 in Bonn von einer europabegeisterten Menschenmenge umjubelt.

Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl reichen sich am 22. September 1984 über den Gräbern von Verdun die Hand.

»Am Abgrund der deutschen Geschichte und unter der Last der Millionen Ermordeten tat ich, was Menschen tun, wenn die Sprache versagt.«

WILLY BRANDT
IN SEINEN „ERINNERUNGEN“ (1989) ZUM
KNIEFALL IN WARSCHAU AM
7. DEZEMBER 1970



© Sven Simon/Süddeutsche Zeitung Photo

Am 7. Dezember 1970 besuchte Bundeskanzler Willy Brandt die polnische Hauptstadt für die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages, in dem die nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegten Grenzen Polens von Westdeutschland anerkannt wurden. Bei der Kranzniederlegung am Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos fiel Brandt auf die Knie – eine mächtige Geste der Demut und der Bitte um Vergebung, die zum Symbol der neuen Ostpolitik wurde.

Bundeskanzler Willy Brandt bei der Kranzniederlegung am Ehrenmal zum Gedenken an den Aufstand im Warschauer Ghetto (1943) am 7. Dezember 1970.

Erste EG-Erweiterungen in West-/Südeuropa

1967 wurden die EWG, die Montanunion und Euratom zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) zusammengeführt. Weitere Beitrittsgesuche Dänemarks, Großbritanniens und Norwegens wurden durch Frankreich zunächst ebenso abgelehnt wie die generelle Fortentwicklung der Gemeinschaften. Nach dem Rücktritt de Gaulles 1969 ergaben sich neue politische Möglichkeiten: Auf dem Gipfel in Den Haag 1969 wurde eine Wirtschafts- und Währungsunion vorgeschlagen. 1979 trat das Europäische Währungssystem (EWS) dann in Kraft, wonach die Währungen der Mitgliedsländer nur noch geringe Schwankungen aufweisen und gemeinsam gestützt werden sollten. Die Erfahrungen der Ölkrise 1973 und der weltweiten Bindung an den US-Dollar unterstrichen die Notwendigkeit einer gemeinsamen Absicherung. Die Entwicklungen des EWS führten letztlich zur gemeinsamen Währung, dem Euro.

1970 begannen die Beitrittsverhandlungen mit Dänemark,

Irland, Großbritannien und Norwegen – in allen diesen Ländern rangen Beitrittsbefürworter und -gegner heftig miteinander; die ersten drei Staaten wurden schließlich zum 1. Januar 1973 in die EG aufgenommen. In den 1970er Jahren war die Demokratie noch nicht in allen westeuropäischen Ländern angekommen: In Portugal beendete 1926 ein Militärputsch die erste Republik; 1933 etablierte António de Oliveira Salazar mit dem Estado Novo (Neuer Staat) eine Diktatur mit faschistischen Zügen. In der sogenannten „Nelkenrevolution“ wurde im Jahr 1974 ein Militärputsch durch die breite Masse der Bevölkerung unterstützt und führte Portugal zur Demokratie.



© Gerald Boncourt/Rue des Archives/Süddeutsche Zeitung Photo

In der Nelkenrevolution putschte 1974 das Militär gegen die Diktatur in Portugal.

In Griechenland blieben seit dem Bürgerkrieg (1946–1949) viele Bürgerrechte eingeschränkt. 1956 versuchten rechtsextreme Offiziere vergeblich einen Staatsstreich, 1967 waren sie hingegen erfolgreich und errichteten unter Oberst Georgios Papadopoulos eine Militärdiktatur.

Von links nach rechts:

Der griechische Militärdiktator Georgios Papadopoulos nimmt am 28. Oktober 1973 eine Parade ab.

Athener Studenten, Arbeiter und Jugendliche demonstrieren im November 1973 gegen die griechische Regierung.



© UPI/Süddeutsche Zeitung Photo

© UPI/Süddeutsche Zeitung Photo

Der Aufstand linksgerichteter Athener Studenten wurde 1973 brutal niedergeschlagen, isolierte das Regime aber zunehmend. Die Verwicklung in den Putsch gegen die Regierung der Republik Zypern und die folgende Intervention türkischer Truppen in Zypern führten zum Zusammenbruch der Diktatur im Juli 1974 und zur Demokratisierung Griechenlands.

In Spanien herrschte seit dem brutalen Bürgerkrieg (1936–1939), in den auch das nationalsozialistische Deutschland durch die Entsendung der „Legion Condor“ und deren Bombardierung der Stadt Guernica eingriff, die faschistische Diktatur unter General Francisco Franco. Erst nach dessen Tod 1975 setzte eine Veränderung ein: König Juan Carlos I. sprach sich für die Demokratie aus, was einen Putschversuch von Offizieren 1981 zum Scheitern brachte.

Nach der erfolgten Demokratisierung der drei Länder wurde Griechenland bereits 1981 als zehntes Mitglied in die EG aufgenommen, 1986 folgten Portugal und Spanien.



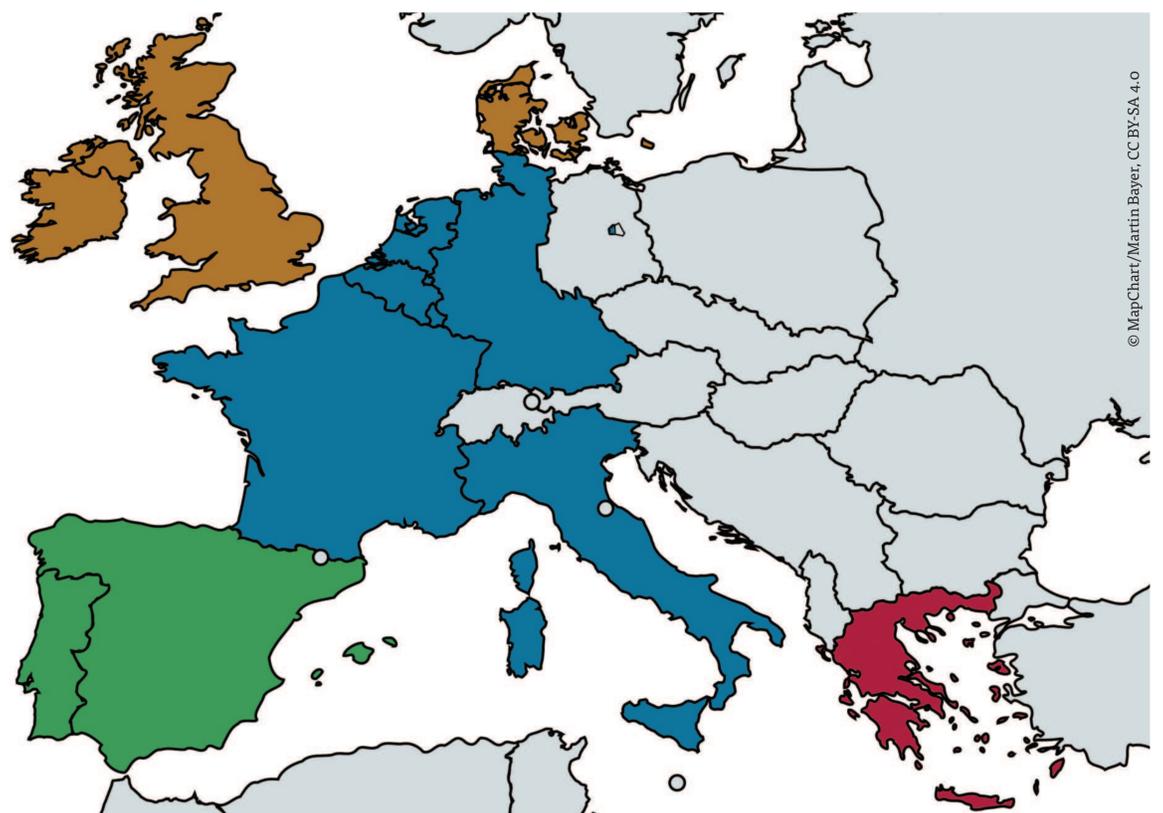
Warnschild der demilitarisierten UN-Pufferzone auf Zypern. Seit 1974 überwacht eine UN-Friedenstruppe den Waffenstillstand.



Der spanische Diktator General Francisco Franco im Juni 1969, im Hintergrund der spätere König, Prinz Juan Carlos.

Karte:
Die Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaften und die ersten drei EG-Erweiterungen.

- EGKS/EWG/Euratom ab 1952/58
- 1. EG-Erweiterung (1973)
- 2. EG-Erweiterung (1981)
- 3. EG-Erweiterung (1986)



Vertiefung der europäischen Kooperation im Angesicht der Blockkonfrontation



© Gert Mähler/Süddeutsche Zeitung Photo

Seit dem 13. August 1961 wurde Berlin durch eine stark befestigte Mauer geteilt.

Der Kalte Krieg stand mehrfach davor, zu einem erneuten, womöglich atomar geführten Weltkrieg zu eskalieren. Die Berlin-Krise 1958, in der die Sowjetunion den Abzug der Westalliierten aus Berlin forderte, und vor allem die Kuba-Krise 1962, in deren Verlauf die Sowjetunion beabsichtigte, Atomraketen auf der Insel zu stationieren, gehörten dazu. Eine weitere Bedrohung waren der Bau der Berliner Mauer und der Ausbau der innerdeutschen Grenze durch die DDR ab dem 13. August 1961. Nachdem immer mehr Menschen die DDR gen Westen verlassen hatten, wurde nun die Reisefreiheit massiv eingeschränkt.

Bis zum Fall der Mauer gab es Tausende erfolgreicher Fluchtversuche wie auch Hunderte von Toten an der innerdeutschen Grenze. Als Folge des Mauerbaus standen sich amerikanische und sowjetische Panzer am 27. Oktober 1961 in Berlin gefechtsbereit gegenüber.

Ab 1970 arbeiteten die EG-Staaten verstärkt an der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ), besonders hinsichtlich der Außenpolitik. Die supranationalen

Organe der EG (Europäische Kommission, Europäisches Parlament) besaßen aber nur geringe Kompetenzen, so dass die Entscheidungen vor allem im Europäischen Rat auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs erfolgten. Erst mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 erhielt die EPZ eine vertragliche Basis über die reine Freiwilligkeit hinaus. 1993 wurde sie durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ersetzt.



© Hübertus Hierl/Timeline Images/Süddeutsche Zeitung Photo

Die anfangs provisorische Mauer wurde immer mehr ausgebaut.



© USAMHI/US Army

Im Oktober 1961 standen sich in Berlin schussbereite Panzer gegenüber.



© ap/dpa/picture alliance/Süddeutsche Zeitung Photo

Die Europaabgeordneten Horst Seefeld (SPD) und Karl von Wogau (CDU) zersägen 1983 in Kehl eine Grenzschranke, um gegen die Grenzen innerhalb Europas zu protestieren.

Die Europäischen Gemeinschaften bezogen sich nicht nur auf die wirtschaftlichen Aspekte, sondern auch auf Werte wie Menschenrechte und Demokratie; soziale Errungenschaften sollten allen Mitgliedern zugutekommen. Über die Regionalpolitik wurden den ärmeren Gebieten hohe Beträge für die Entwicklung ihrer Infrastrukturen und von Arbeitsplätzen bereitgestellt. Auch die wirtschaftlichen Verflechtungen sollten einen den Frieden fördernden Wert bekommen: Warum sollte man gegen einen gleichwertigen Handelspartner Krieg führen? Über die

Jahre wurden alte Feindschaften begraben, Westdeutschland fest eingebunden und ein Krieg in Europa zusehends unwahrscheinlicher – ein unglaublicher Erfolg, bedenkt man, wie oft die Länder Europas in der Vergangenheit gegeneinander zu Felde gezogen waren. Durch den Eisernen Vorhang aber bestand ein dauerndes Hemmnis zur Vollendung der europäischen Einigung. Wie konnte Europa weiter integriert werden, wenn quer durch den Kontinent eine befestigte Grenze führte, auf deren östlicher Seite die Menschen in weitgehender Unfreiheit lebten?



Das Europäische Parlament wurde im Lauf der Jahre immer mehr gestärkt – hier eine Sitzung im April 1985.

Links:
Die 1955 vom Europarat eingeführte Europaflagge hat zwölf Sterne als Symbol der Einheit und Vollständigkeit, unabhängig von der Zahl der Mitglieder.

Volksbund: Arbeit für den Frieden

Den Bestatteten auf Kriegsgräberstätten wurde durch die Genfer Konventionen (völkerrechtliche, internationale Verträge) erstmals 1929 ein bis heute gültiges Dauer-ruherecht zugesprochen. Zivile Gräber dagegen werden in der Regel nach ca. 20 bis 30 Jahren aufgegeben und eingeebnet. Nach dem Ersten Weltkrieg übernahmen europäische Länder die Idee des „ewigen“ Ruherechts aus den USA, das dort im Zuge des Amerikanischen Bürgerkriegs

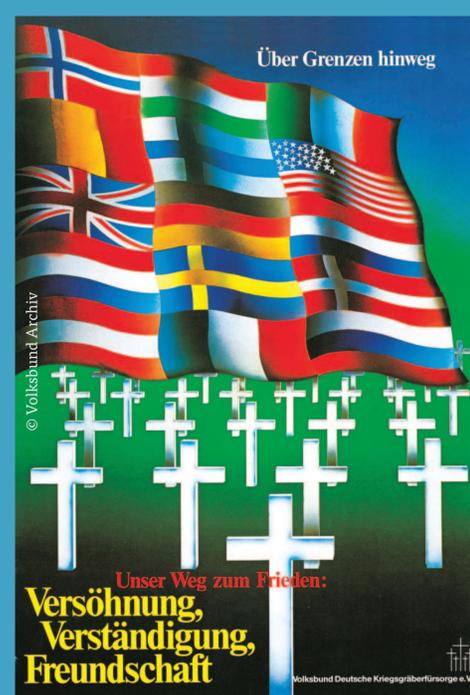


In der sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR führten die Kirchen die Arbeit des Volksbundes, der dort nicht arbeiten durfte, mit eingeschränkten Möglichkeiten fort. Sie erfassten und registrierten die vorhandenen Gräber von Deutschen und waren in der Fürsorge für diese Gräber tätig. Die unmittelbaren Tätigkeiten wurden zusammen mit „Vertrauenspfarrern“, die es in den meisten Landesteilen gab, organisiert. Nach Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1969 wurde diese Arbeit erschwert, da staatliche Stellen die Kirche verstärkt kontrollierten. Über viele inoffizielle Kontakte gelang es dem Volksbund dennoch, deren Arbeit in der Kriegsgräberfürsorge zu unterstützen.

(1861–1865) eingeführt worden war. Es sollte die einzelne Leistung des Bürgers, seinen persönlichen Einsatz für Staat und Verfassung herausstellen. Kriegsgräber können dazu mahnen, den Frieden zu erhalten – sie dien(t)en aber oft genug auch dazu, den Krieg und den Heldentod zu verklären und eine aggressive Politik zu begründen.

Eine Kriegsgräberstätte soll – laut Gräbergesetz – würdig gestaltet und gepflegt sein. Die bekannten Namen der Toten sollen dem Besucher zugänglich und die Grablagen bezeichnet sein, zum Beispiel in Form eines Grabsteins oder einer Stele mit mehreren Namen. Um das kulturelle Erbe der Weltkriege und das Gedenken zu bewahren, wird es in Zukunft immer wichtiger, nachwachsenden Generationen auch die historischen Hintergründe und die Umstände des Todes zu erklären.

Kriegsgräberstätten in Deutschland werden durch kommunale oder konfessionelle Friedhofsträger unterhalten und gepflegt. Der Volksbund unterstützt sie dabei beratend, tritt aber auch gegenüber dem Bund und den Ländern als „Anwalt“ der Gräberstätten auf, wenn deren baulicher Zustand kritisch ist. In der alten Bundesrepublik war der Volksbund ein anerkannter Partner staatlicher Stellen und ist dies seit 1990 in ganz Deutschland.



Oben:

Die Versöhnungsarbeit über die Gräber hinweg war immer ein wichtiger Aspekt der friedensfördernden Aufgaben des Volksbundes: Jugendaustauschprogramme, Pflegeeinsätze und Bildungsreisen sind nur einige der Möglichkeiten. Diese beiden Plakate stammen aus dem Jahr 1969 und den 1980ern.

Links:

Jugendliche arbeiten auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf (1972) und auf dem Friedhof Andilly, Frankreich.

5 (K)ein „Ende der Geschichte“

Das Ende der Blockkonfrontation

Die wirtschaftliche und soziale Situation in den Ostblockländern stagnierte in den 1980er Jahren. Forderungen nach Reformen wurden immer lauter. 1985 leitete Michail Gorbatschow in der Sowjetunion ein Reformprogramm ein, dessen Hauptbestandteile Glasnost (Transparenz) und Perestroika (Wende in Wirtschaft und Verwaltung) waren. In der Außenpolitik wurden vor allem die Abrüstungspläne wahrgenommen. Einen wesentlichen Meilenstein, das Wettrüsten zu beenden und die nukleare Bedrohung zu reduzieren, bildete dabei der INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces) zwischen den USA und der Sowjetunion im Dezember 1987. (Der Vertrag wurde im August 2019 ausgesetzt, wodurch die Gefahr neuen Wettrüstens steigt).

In Polen verstärkten sich 1988 die nicht genehmigten Streiks und Demonstrationen durch die 1980 gegründete und 1981 verbotene Gewerkschaft Solidarność unter Lech Wałęsa. Sie führten ab August 1988 zu ersten Gesprächen mit der kommunistischen Regierung. Bei den ersten – teilweise – freien Parlamentswahlen im Juni 1989 siegte Wałęsas Bürgerkomitee. In Ungarn, Bulgarien und der Tschechoslowakei gab es ähnliche Entwicklungen. Nachdem Ungarn ab Mai 1989 die Grenzsicherungsanlagen zu Österreich abbaute, reisten viele DDR-Bürger in der Hoffnung nach Ungarn, von dort in die Freiheit zu gelangen. Mit dem „Paneuropäischen Picknick“ am 19. August 1989 kam es zu einer

Massenflucht in den Westen – die Sowjetunion griff nicht ein, anders als zuletzt 1968 beim „Prager Frühling“. Vier Tage später schlossen sich über eine Million Esten, Letten und Litauer zu einer 600 km langen Menschenkette zusammen, um für ihre Unabhängigkeit zu demonstrieren.

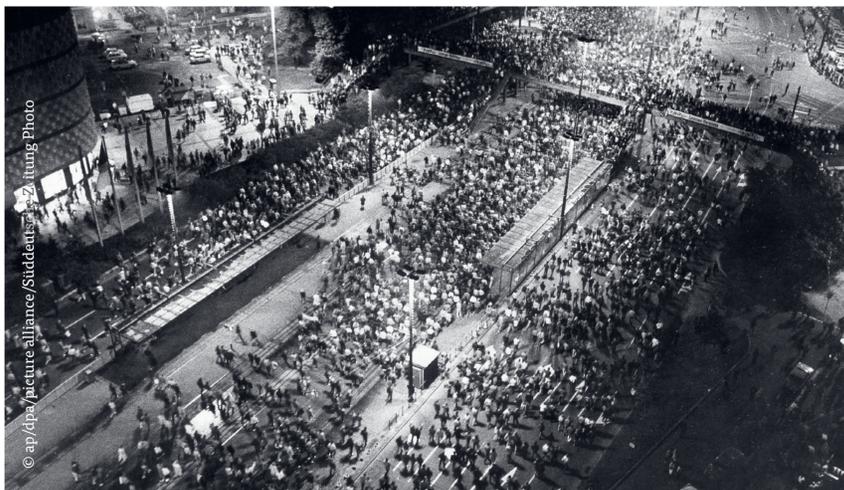
In immer mehr Städten der DDR fanden die von Leipzig ausgehenden „Montagsdemonstrationen“ statt. Doch die DDR-Führung unter Erich Honecker lehnte die Übernahme

von Gorbatschows Reformkurs strikt ab. Kurz nach Honeckers Rücktritt fiel am 9. November 1989 die Berliner Mauer und damit die innerdeutsche Grenze. Am 18. März 1990 fanden die ersten freien Parlamentswahlen der DDR statt, während der Druck der Bevölkerung zu einer Wiedervereinigung mit Westdeutschland wuchs. Am 12. September 1990 wurde

der Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier alliierten Mächten unterzeichnet. Das am 3. Oktober 1990 wiedervereinigte Deutschland erhielt damit die volle Souveränität.



Über eine Million Menschen demonstrierten am 23. August 1989 auf dem „Baltischen Weg“ für ihre Freiheit.



Links:

Ab September 1989 kam es in Leipzig und anderen Städten zu den „Montagsdemonstrationen“, bei denen die Menschen friedlich für Freiheit und Demokratie demonstrierten.

Rechts:

Die Berliner Mauer am 10. November 1989 – in der Nacht davor war sie geöffnet worden.



Der Kalte Krieg wurde mit der Charta von Paris am 21. November 1990 formell beendet. Mitte 1991 löste sich der Warschauer Pakt auf, die baltischen Republiken erklärten sich unabhängig und die Sowjetunion zerfiel zum Ende des Jahres. Die Hoffnungen auf ein positives „Ende der (Gewalt-)Geschichte“ waren groß, vor allem in den sich rasch wandelnden Gesellschaften Mittel- und Osteuropas. Doch in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, beispielsweise in Georgien und der Republik Moldau, kam es zu diversen militärischen Auseinandersetzungen. Anfang der 1990er mündeten in Jugoslawien die wirtschaftlichen und sozialen Konflikte, die zunehmend ethno-nationalistisch aufgeladen waren, in verschiedene Kriege und führten zum Zerfall des Bundesstaates.

Von oben nach unten:

So friedlich wie bei dieser Demonstration in Bukarest verlief der Übergang zur Demokratie in Rumänien nicht immer.

Auf einer Demonstration in München fordern dort lebende Kroaten 1991 ein Eingreifen Europas in die Konflikte im zerfallenden Jugoslawien. Ein Plakat verweist auf den in Jukinac durch einen Scharfschützen erschossenen Journalisten Egon Scotland.



Von den Europäischen Gemeinschaften zur sich erweiternden EU

Wie die deutsche Teilung war die deutsche Wiedervereinigung ein wichtiger Faktor für die europäische Integration. Mit dem Vertrag von Maastricht (7. Februar 1992) wurde die Gründung der Europäischen Union vereinbart, unter deren Dach 1993 die bereits bestehenden Europäischen Gemeinschaften und weitere europäische Kooperationsbereiche zusammengeführt wurden. Dieser Vertrag enthielt die Wirtschafts- und Währungsunion, die schließlich zur gemeinsamen Währung führte: dem zum 1. Januar 1999 als Buchgeld und drei Jahre später als Bargeld eingeführten Euro. Der Vertrag von Maastricht legte auch eine europäische Zusammenführung der nationalen Umwelt-, Gesundheits- und Drogenpolitik fest, brachte die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auf den Weg und intensivierte die Zusammenarbeit bei der Justiz- und Innenpolitik. Ebenso erhielt das Europäische Parlament mehr Kompetenzen. Nach einer ablehnenden Volksabstimmung ratifizierte Dänemark den Vertrag erst nach diversen Sonderregelungen wie dem Ausstieg aus der gemeinsamen Währung. In Frankreich wurde der Vertrag nur mit einer knappen Mehrheit angenommen.

Zum 1. Januar 1995 wurden mit Finnland, Österreich und Schweden drei Länder in die EU aufgenommen, die während des Kalten Krieges durch ihre strikte Neutralitätspolitik daran gehindert gewesen waren.

Früher ein Symbol für Grenzen: Mützen der Uniformen von Grenzbeamten, mit denen man im Schengenraum kaum mehr in Berührung kommt.





© Steindy, CC BY-SA 4.0



CCO

Von oben nach unten:

Ein alter Traum wurde wahr: Ein gemeinsames Europa ohne sichtbare, hindernde Grenzen, wie hier zwischen Österreich und Ungarn.

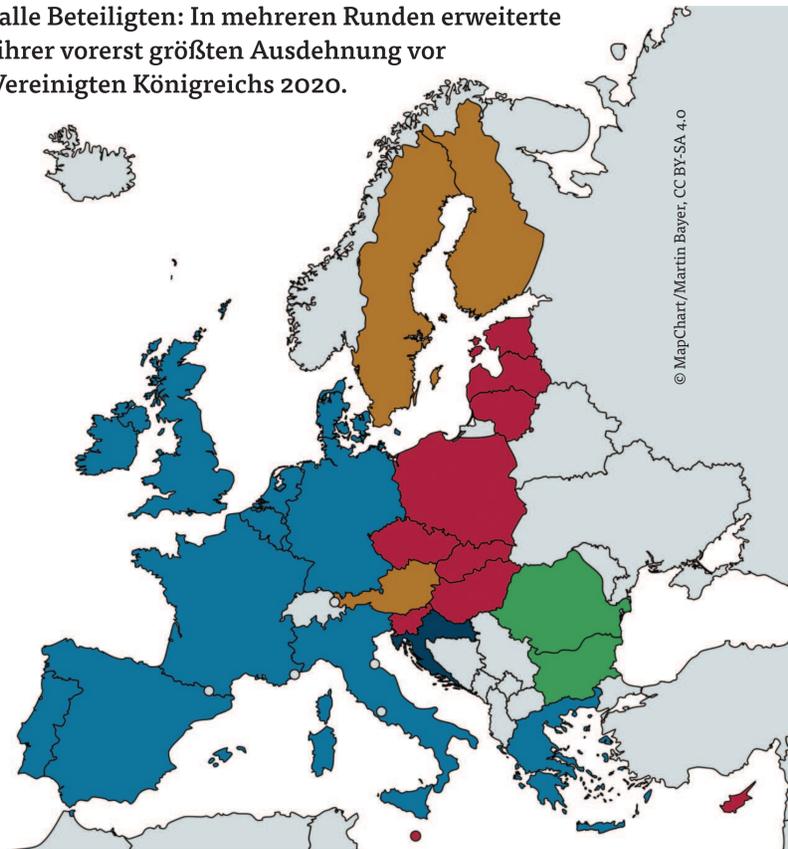
Die Vielfalt Europas zeigt sich auch auf den Rückseiten der gemeinsamen Währung.

Zum 1. Mai 2004 fand die erste Osterweiterung der EU statt: Mit Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern wurden gleich zehn neue Staaten aufgenommen. Zum 1. Januar 2007 erfolgte der EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien, am 1. Juli 2013 schließlich derjenige Kroatiens als 28. Mitgliedsland. Die Integration und die Transformation dieser Staaten hin zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Stabilität waren eine große Chance – und eine ebenso große Herausforderung.

EU-Mitglieder seit 1995

- EG-12 (bis einschließlich 1994)
- 4. EU-Erweiterung (1995)
- 5. EU-Erweiterung (2004)
- 6. EU-Erweiterung (2007)
- 7. EU-Erweiterung (2013)

2007 wurde der heute noch aktuelle EU-Vertrag von Lissabon unterzeichnet, der das Europäische Parlament erneut stärkte. Die im Vertrag von Nizza im Dezember 2000 proklamierte EU-Grundrechtecharta ist seitdem für alle Mitglieder rechtsverbindlich. Das EU-Motto „In Vielfalt geeint“ verweist auf den Erhalt individueller Sprachen, Kulturen und Traditionen bei gleichzeitiger Vereinigung gemeinsamer Werte wie Demokratie, Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte einschließlich der Minderheitenrechte.



© MapChart/Martin Bayer, CC BY-SA 4.0

Im Vertrag von Amsterdam vom 2. Oktober 1997 wurden die Schengener Abkommen in das EU-Recht integriert. Im ersten Schengener Abkommen von 1985 zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden waren die Grenzkontrollen bis auf Ausnahmesituationen abgeschafft worden. Die Erleichterungen bei Reisen wurden für die EU-Bürger schnell ersichtlich. Heute umfasst der Schengen-Raum 22 EU-Staaten sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz.

Ab 1. Januar 2002 löste der Euro in zunächst zwölf EU-Ländern (inzwischen 19) und einigen weiteren Staaten die nationalen Währungen ab. Die Geldscheine sind einheitlich gehalten; auf den Rückseiten der Münzen finden sich je nach Prägeort nationale Gestaltungselemente.

Ein Zugewinn für alle Beteiligten: In mehreren Runden erweiterte sich die EU bis zu ihrer vorerst größten Ausdehnung vor dem Austritt des Vereinigten Königreichs 2020.

Globalisierung und zunehmende Komplexität

Die Öffnung des einstigen Ostblocks brachte vielen Menschen neue Freiheiten und Entwicklungsmöglichkeiten. Mit den Freiheiten wuchsen jedoch auch die Unsicherheiten. Das Ende der politischen Systemkonfrontation führte zu einem enormen Anstieg des Welthandels und damit der kapitalistischen Weltwirtschaft insgesamt. Parallel dazu wurde die Globalisierung ausgeprägter und komplexer. Sie erhielt durch das Ende des Kalten Krieges, den zunehmenden Freihandel und verbesserte Technologien (Digitalisierung) neue Schübe: China entwickelte

sich innerhalb weniger Jahrzehnte zu einem wirtschaftlichen, technologischen und politischen Schwergewicht. So stieg der Konkurrenzdruck in nahezu allen wirtschaftlichen Bereichen, wodurch auch die soziale Begrenzung des Kapitalismus (soziale Marktwirtschaft, Rechte von Arbeitnehmern) ausgehöhlt wurde. Alteingesessene Industriezweige wurden innerhalb kurzer Zeit hinfällig, was zu Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit führte – im ehemaligen Osten wie im ehemaligen Westen.

Die Bedeutung der Digitalisierung bei all diesen Entwicklungen ist enorm. Informationstechnik (IT) und Künstliche Intelligenz (KI) durchdringen immer mehr Lebensbereiche. Viele Geräte – zum Beispiel Autos, Kühlschränke oder Heizungen – sind mit Sensoren ausgestattet und vernetzt („Internet der Dinge“). Dies bringt viele Vorteile, etwa wenn man die Temperatur in der eigenen Wohnung per Smartphone unterwegs regeln kann, aber auch Abhängigkeiten, Gefahren und einen erhöhten Strombedarf. Ein kurzzeitiger Ausfall von Strom und Internet führt schnell zu großen Problemen auf allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ebenen. Vor allem bei kritischen Infrastrukturen, wie Strom- und Wasserversorgung, ist IT-Sicherheit besonders wichtig, da Fehler oder gezielte Hackerangriffe enorme Auswirkungen haben können.



Von oben nach unten:

In den 1980ern Hightech, heute ein Fall fürs Museum: Die Informationstechnik verändert sich und die Gesellschaften rasant.

Die letzte gelbe Telefonzelle stand in St. Bartholomä am Königssee. Solche Telefonzellen waren für viele einst die einzige Möglichkeit zum Telefonieren - inzwischen wurden sie von Smartphones ersetzt.

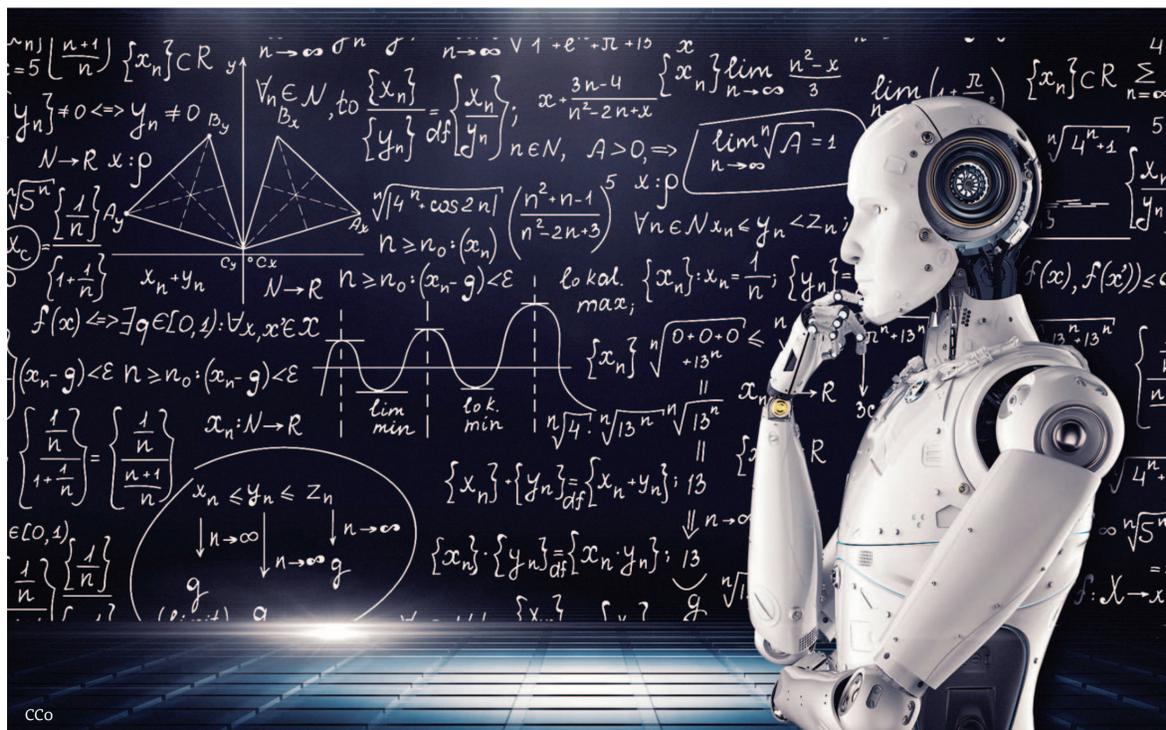
Die Welt wird immer stärker vernetzt.

Eine große Herausforderung für die Zukunft ist die sogenannte künstliche Intelligenz (KI).



Heute ist für viele Menschen, auch Kinder, die Nutzung eines Smartphones, das über das Internet weltweit verbunden ist, selbstverständlich: vernetztes Wissen, soziale Medien – und der Zugang zu immer mehr Informationen, die in ihrer Menge unüberschaubar geworden sind.

Welchen Informationen kann man vertrauen, welche werden ausgewählt oder gefiltert? Diese Fragen werden durch bewusste Falschinformationen (Fake News) immer wichtiger. Ebenso verändert sich das Kommunikationsverhalten fast aller Menschen stark. Die „digitale Kluft“ spaltet unsere Gesellschaften in diejenigen Menschen, für die die vielfältige Nutzung neuer Technologien zu den Selbstverständlichkeiten gehört, und in andere, die damit wenig zu tun haben und dadurch abgehängt werden. Durch Automatisierung fallen immer mehr Arbeitsplätze weg, von denen man viele, zum Beispiel im Dienstleistungsbereich, noch vor Kurzem für unersetzbar hielt. Neue Berufe erfordern immer häufiger spezielle Ausbildungen.



Die Globalisierung führt auch zu Veränderungen bei den Identitäten und Mentalitäten der Menschen. Viele Traditionen und altvertraute Bindungen lösen sich auf und führen zu weiteren Verunsicherungen.

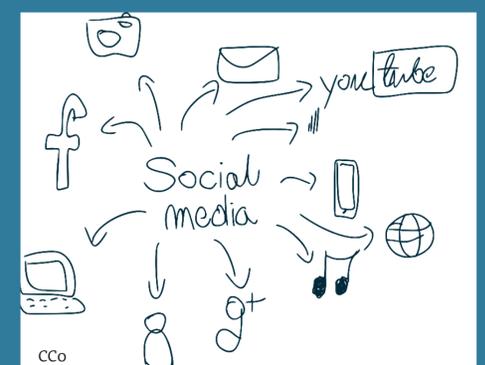


Links:

Eine weitere Herausforderung für die Demokratie und unsere Gesellschaften sind bewusste Falschmeldungen (Fake News).

Rechts:

Heute kommunizieren wir viel über Social Media – und morgen?



Volksbund: Neue Herausforderungen im Osten Europas

Nach dem Fall der Mauer, der deutschen Wiedervereinigung und der Öffnung der politischen Systeme konnte der Volksbund seine Arbeit in den neuen Bundesländern sowie in Mittel- und Osteuropa nun vollständig aufnehmen.

Der Volksbund gründete hierzu in Ostdeutschland neue Landesverbände. Während der Aufbau der Kriegsgräberstätten im Westen schon lange abgeschlossen war, hatten Millionen Deutsche nun Hoffnungen, ungewisse Schicksale ihrer Angehörigen im Osten zu klären. Auch nach Jahrzehnten ist es für viele Menschen noch immer wichtig, abschließende Gewissheit zu bekommen und einen Ort für Abschied und Trauer zu haben.

Fachleute begannen mit der Umbettung menschlicher Überreste von kleineren Gräblagen auf neu anzulegende Kriegsgräberstätten. Falls dies noch möglich war, wurden die Toten identifiziert. Oft waren jedoch die Gräber auf der Suche nach verwertbaren Gegenständen (zum Beispiel Orden, Eheringe) geplündert oder die Erkennungsmarken der Soldaten, die ihre Identität nachweisen, bewusst entfernt worden. In diesen Fällen bleibt es bei einem namenlosen Grabstein, aber immerhin an einem würdigen Ort.

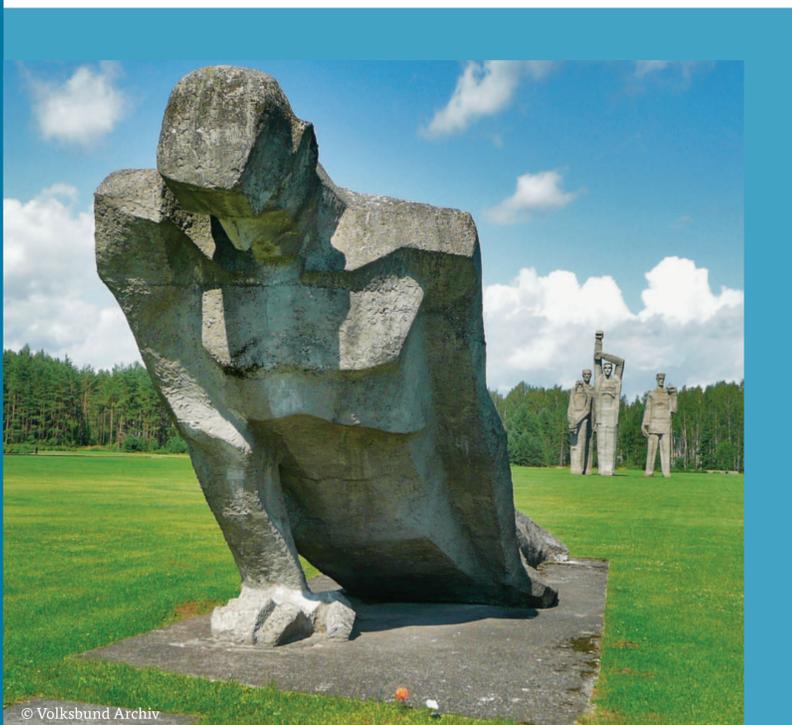


Von oben nach unten:

Wie hier in Radoszyn (Polen) werden die Überreste von Kriegsoffizieren fachgerecht ausgebettet.

Die zuvor ausgebetteten Toten erhalten ein würdiges Grab: Stare Czarnowo (Polen) 2009.

Endlich gibt es einen Erinnerungs- und Trauerort für die Angehörigen, wie hier in Kursk-Besedino, Russland.



Neue Abkommen zur Behandlung von Kriegsgräbern wurden geschlossen, zum Beispiel am 16. Dezember 1992 zwischen Deutschland und Russland oder am 8. Dezember 2003 mit Polen. Durch die vielen neuen Aufgaben kam der Volksbund an seine finanzielle Belastungsgrenze, und die Bundesregierung erhöhte die Unterstützung des Volksbundes durch das Auswärtige Amt.

Zu den Aufgaben des Volksbundes zählen nicht nur der Bau und die Pflege von Soldatengräbern. So ging von ihm zum Beispiel die Initiative für das „Deutsche Riga-Komitee“ aus: Ab Dezember 1941 wurden über 25.000 deutsche Juden nach Riga deportiert. Ihnen wurde vorgaukelt, sie würden umgesiedelt – tatsächlich waren das jüdische Ghetto von Riga, das Lager Salaspils und das KZ Jungfernhof Orte des Todes. Zwischen 1941 und 1944 wurden im Rigaer Stadtwald Biķernieki mehr als 40.000 Juden, politische Häftlinge und sowjetische Kriegsgefangene ermordet. Gegründet am 23. Mai 2000 umfasst das „Deutsche Riga-Komitee“ inzwischen mehr als 60 Städte, aus denen Deportationen nach Riga stattfanden. Es soll das Gedenken an die Opfer wachhalten. 2001 errichtete der Volksbund in Biķernieki ein Denkmal mit einer Dokumentationsstätte.



Von oben nach unten:

Eine Figurengruppe erinnert an das Lager Salaspils (1941–1944) bei Riga in Lettland. Im nahen Wald von Rumbula wurden Ende 1941 27.500 Juden innerhalb von drei Tagen ermordet.

In Riga-Biķernieki, Lettland, erinnert ein durch den Volksbund errichtetes Denkmal an die Zehntausenden Ermordeten.

Nach der Öffnung im Osten Europas konnten viele Menschen die Gräber ihrer Angehörigen erstmals besuchen.

6 Zukunft Europa(s)?!

Krisen, Krisen und noch mehr Krisen

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York bedeuteten einen weiteren Einschnitt, auch wenn der Terrorismus schon vorher zunehmend global auftrat. Diese neue Form der politischen Gewalt operiert mit islamisch-fundamentalistischen Motiven, setzt bei ihrer Suche nach Kämpfern auf einfache Wahrheiten und zieht auch Menschen aus dem Westen an, denen sie Orientierung gibt. Zu den Folgen terroristischer Anschläge, die es auch in vielen europäischen Städten gab, gehören ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis der Bürger sowie Islamophobie, die zum Teil bis zum Erstarken rechtspopulistischer Parteien führt.

Die weltweite Wirtschafts-, Finanz- und Bankenkrise ab Sommer 2007 hatte und hat globale Auswirkungen. Zum Schutz ihrer Volkswirtschaften sicherten diverse Staaten die Existenz großer Banken mit massiven Kapitalerhöhungen ab. Die Mechanismen dieser Krise und deren globale Bedeutung sind für viele Menschen nur schwer verständlich. Ganz unmittelbar wurde aber 2009 aus der Finanz- eine handfeste Eurokrise, deren Auswirkungen auf die Europäische Union noch heute spürbar sind. Insbesondere bereits hoch verschuldete Länder wie Griechenland und Portugal traf die Krise hart: Sie und andere EU-Mitglieder standen vor dem Staatsbankrott.

Ab Dezember 2010 protestierten in der arabischen Welt viele, oft junge Menschen gegen ihre autokratischen Regierungen und verlangten Demokratie und bessere Zukunftschancen. Dieser „Arabische Frühling“ führte in diversen Staaten zu Systemwechseln. Syrien jedoch verfiel unter einem diktatorischen Regime in einen bis heute anhaltenden Bürgerkrieg, der unter anderem von Russland gestützt wird.



Von oben nach unten:

Die Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA schockierten die Welt.

Die globale Finanzkrise traf das überschuldete Griechenland besonders hart. Wie hier in Athen 2012 demonstrierten die Menschen gegen Lohnkürzungen.

Auch der benachbarte Irak ist seit dem maßgeblich durch die USA und Großbritannien herbeigeführten Sturz Saddams Husseins 2003 kein stabiler Staat mehr. Das entstandene Machtvakuum wurde von islamistischen Terrororganisationen wie dem sogenannten „Islamischen Staat“ genutzt.

Vor Krieg, Bürgerkrieg und Verfolgung flüchten im Nahen und Mittleren Osten noch immer Millionen Menschen auch Richtung Europa, das nicht nur als Ort der wirtschaftlichen und politischen Stabilität, sondern auch als Ort für Freiheit und Wahrung der Menschenrechte gilt.



Von links nach rechts:

Demonstranten auf dem Tahrir-Platz Kairo fordern im Januar 2011 Demokratie.

Im Januar 2011 erreichte die sogenannte „Arabellion“ auch den Jemen, wie hier in Sanaa. Seit 2013 herrscht dort ein blutiger Bürgerkrieg.

Aus der „Arabellion“ wurde in Syrien ein langjähriger Bürgerkrieg (Azaz, August 2012).

Gleichzeitig wächst der Migrationsdruck aus Afrika nach Europa: Geringe Zukunftschancen für die schnell wachsende Bevölkerung, Knappheit an Wasser, Nahrungsmitteln, Ackerböden, Rohstoffen (auch als Folge des Klimawandels), Korruption und abnehmende Sicherheit führen nicht nur in der Sahel-Region dazu, dass sich viele Menschen auf den gefährlichen und teuren Weg nach Europa aufmachen, wo sie ein besseres Leben erhoffen.

Bei all diesen Herausforderungen erscheint es notwendiger denn je, dass die Zusammenarbeit international und auch in der EU weiter wächst, auch wenn es, zum Beispiel in Fragen des Asyls, unterschiedliche Meinungen und Lösungsansätze gibt.

»Wir leben in Zeiten einer Polykrise.«

JEAN-CLAUDE JUNCKER, 21. AUGUST 2016

Von links nach rechts:

Wie in Wardik wurden unzählige Menschen durch den sogenannten „Islamischen Staat“ ermordet oder vertrieben.

Syrische und irakische Flüchtlinge erreichen die griechische Küste von Lesbos.

Flüchtlinge aus Syrien erreichen Deutschland im September 2015.



© Levi Clancy, CC0 1.0



© Ggia, CC BY-SA 4.0



© Mstyslav Chernov, CC BY-SA 4.0

Enttäuschte Hoffnungen

2004 wurde der Vertrag über eine Verfassung für Europa in Rom unterzeichnet. Er sollte die EU demokratischer und handlungsfähiger machen. 2005 wurde der Vertrag jedoch in Frankreich und den Niederlanden in Volksabstimmungen abgelehnt. Er wurde somit nicht eingeführt, sondern lediglich der reformierende Vertrag von Lissabon am 13. Dezember 2007 geschlossen.

Am 23. Juni 2016 stimmten in Großbritannien in einer Volksabstimmung 51,9 % der Teilnehmenden (Wahlbeteiligung: 72,2 %) für einen Ausstieg aus der EU („Brexit“). Die Verhandlungen mit der EU zogen sich hin, sodass der Austritt erst am 31. Januar 2020 vollzogen wurde. Für viele überzeugte Europäer war der „Brexit“ ein Schock, auch wenn Großbritannien immer auf einer Sonderrolle beharrt hatte. Insbesondere seit Beginn des 21. Jahrhunderts wurden europakritische Stimmen in der UK Independence Party (UKIP) und der British National Party (BNP) kanalisiert. Die Kampagne für einen EU-Austritt (Slo-

gan: „Vote Leave!“) argumentierte, die EU-Mitgliedschaft koste Großbritannien 350 Millionen Pfund pro Woche – diese und andere nachgewiesene Unwahrheiten verbreiteten sich vor allem über die sozialen Medien.

In vielen Ländern Europas finden sich heute nationalistische und (rechts-)populistische Parteien mit hohem Wählerzuspruch oder gar mit Regierungsbeteiligung. Die in Ungarn von Viktor Orbán angeführte Fidesz-Partei (ein Akronym für „Bund junger Demokraten“) stellt seit 2010 die Regierungen. Ihre Positionen sind autokratisch, nationalistisch und enthalten antisemitische Untertöne. Mit restriktiven Gesetzen hat sie teilweise die Pressefreiheit aufgehoben. In Polen regiert die 2001 gegründete PiS-Partei („Recht und Gerechtigkeit“), deren Positionen ebenfalls nationalistisch sind und EU- wie auch deutschfeindliche Töne enthalten, mit denen historische Ängste erneut geweckt werden.



© Ilovetheeu, CC BY-SA 4.0



© Garry Knight, CC0 1.0

Von links nach rechts:

Am 60. Jahrestag der Römischen Verträge ziehen diese Demonstranten am 25. März 2017 durch London und fordern einen Verbleib Großbritanniens in der EU.

Kurz vor der nichtbindenden Volksabstimmung in Großbritannien fordern Demonstranten in London, die EU zu verlassen.

Weiterhin entstanden die rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Parteien Rassemblement National (bis 2018 Front National) in Frankreich, die Freiheitspartei (PVV) in den Niederlanden, die Wahren Finnen, die belgische Regionalpartei Vlaams Belang, die Dänische Volkspartei, die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) oder auch die Alternative für Deutschland (AfD). In Italien befindet sich die linkspopulistische und EU-kritische Fünf-Sterne-Bewegung (Movimento Cinque Stelle) seit 2018 in Regierungskoalitionen, bis September 2019 zusammen mit der aus diversen regionalen Autonomiebewegungen stammenden nationalistischen Lega Nord (jetzt Lega Salvini Premier).



Auch wenn die EU für vieles kritisiert wird – sie ist weiterhin ein globaler Hoffnungsträger für Frieden und Stabilität.

Populistische Parteien bieten meist wenig konstruktive Inhalte, politische Ziele bleiben vage und unkonkret. Für alle gilt, dass sie die Trennung zwischen dem „Volk“, das vermeintlich sie allein vertreten, und der korrumpierten „Elite“ (die etablierten Parteien) betonen. Zur politischen Argumentation gehören ein oft aggressiver Nationalismus, Verschwörungstheorien wie auch Antisemitismus oder Islamfeindlichkeit und Rassismus. Die Sehnsucht nach einem „starken Führer“, einem Autokraten, ist ebenfalls eines ihrer Wesensmerkmale.



Von oben nach unten:

Ärztliche Versorgung in einem überfüllten Flüchtlingscamp in Idomeni, Griechenland, 2016.

Zeltendorf in einem Flüchtlingscamp im heutigen Nordmazedonien, 2016.

Trotz aller Krisen: Globaler Hoffnungsträger EU

In seiner „Initiative für Europa“ beklagte der französische Präsident Emmanuel Macron 2017, dass die empfundene Ohnmacht der Bürger oft auf die Brüsseler Bürokratie zurückgeführt werde. Dabei werde vergessen, dass es an den Europäern liege, Europa zu gestalten.

Die Europäische Union ist ein Gebilde, das durch den Ausgleich oft sehr unterschiedlicher Interessen geprägt ist. Und selbstverständlich wird es bei neuen Herausforderungen immer neue Konflikte geben. Unzulänglichkeiten der europäischen Institutionen, zum Beispiel das Missverhältnis zwischen dem Parlament und dem Rat, in



Von oben nach unten:

Das Europäische Parlament in Straßburg, Frankreich.

In Wien wird 2016 für die Aufnahme von Flüchtlingen demonstriert.

dem die Regierungschefs der Mitglieder das Sagen haben, müssen in Zukunft gelöst werden. In Demokratien ist der Ausgleich von Interessengegensätzen oft beschwerlich und langwierig.

Autokratien geben vor, für schnelle „Erfolge“ zu sorgen, und diffamieren Parlamente als „Quatschbuden“. In von „starken Männern“ beherrschten Ländern fällt allerdings auf, dass diese auf Kosten der Freiheit regieren, zumeist unter Ausgrenzung der „Anderen“, die nicht ins System passen. Herbeigewünschte „einfache Lösungen“ verdecken nur allzu oft, dass man sich vor komplexen Herausforderungen drücken will.

So sind es gerade die Kompromisse, die für Ausgleich, allgemeine Akzeptanz und gemeinsames Voranschreiten sorgen – und nachhaltig wirken. Dass es in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg keine militärischen Auseinandersetzungen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten mehr gegeben hat, ist dafür der beste Beweis. Und in der Tat verfälscht der alleinige Blick auf die Kritik an der EU, welche globaler Hoffnungsträger sie weiterhin ist.

Die Menschen in der EU können leben, lernen, arbeiten, wo sie wollen, und reisen, wohin sie wollen. Die EU ist nicht nur der größte Wirtschaftsraum der Welt, sondern garantiert ihren Bürgern Demokratie, Frieden, Freiheit, Gleichheit, Bildung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Der Schutz des Individuums und seine Freiheit stehen an oberster Stelle, zum Beispiel im Verbraucherschutz, dem Arbeitsrecht usw. Auf vielen weiteren Feldern der Politik hat die EU viel erreicht, so bei der Gesundheitsversorgung, der Förderung von Kultur, der Schaffung von Arbeitsplätzen, in Forschung und Wissenschaft und im Umweltschutz. Dennoch bleibt es schwierig, Einigungen der Mitgliedsstaaten herbeizuführen. Ein Beispiel ist die Flüchtlingspolitik, bei der sich große Meinungsverschiedenheiten auftun.

Jedoch haben die europäische Bewegung und dann die EU erreicht, wofür sie ursprünglich gedacht waren: Sie haben ihren Mitgliedern Frieden gebracht und diesen bereits über 75 Jahre erhalten. Heute erscheint uns das

Wort „Erbfeind“ aus den Tiefen der Geschichte. Aus Feindschaft wurde wirtschaftliche, dann kulturelle Zusammenarbeit und schließlich Freundschaft. Aus diesem Grund erhielt die EU 2012 den Friedensnobelpreis für ihren Einsatz für Frieden, Demokratie, Versöhnung und Menschenrechte.

Die EU bleibt ein Zukunftsmodell – mit Unterstützung und Mitgestaltung aller Menschen in Europa.

Die EU hat den Frieden in Europa gesichert – „Frieden“ in ihren 24 Amtssprachen.



© sygslth (CCO)/Svenja Thiel



Von links nach rechts:

Reisefreiheit – für viele Menschen heute eine Selbstverständlichkeit.

Seit 1985 wird der Titel „Kulturhauptstadt Europas“ jährlich vergeben. In Leeuwarden, Niederlande, zog 2018 unter anderem dieser riesige Taucher Besucher an.

Der Auslandsaufenthalt von mehr als fünf Millionen junger Menschen wurde von der EU unterstützt.

Volksbund

Volksbund: Auch in Zukunft wichtig

Wurden Soldatengräber im NS-Staat als Orte eines aggressiven Heldengedenkens missbraucht, sind sie nach dem Zweiten Weltkrieg zu Orten des Gedenkens und Mahnens geworden. Der Volksbund hat viele Friedhöfe zu Mahn- und Bildungsstätten für den Frieden gestaltet.



DARUM EUROPA!

Kriegsgräberstätten geben Anlass für ein Nachdenken junger Menschen über das Entstehen von Krieg und die Grausamkeit von Diktaturen. In Workcamps oder in Arbeitseinsätzen, in internationalen Begegnungen, in Seminaren oder wissenschaftlichen Tagungen kann hier die europäische Geschichte thematisiert werden. Für den Volksbund ist wichtig, dass die Behandlung der jüngeren europäischen Geschichte, besonders der Weltkriege, ohne den Blick auf die Gräber den Opfern der politischen Gewalt und der Menschenverachtung nicht gerecht würde.

Die Arbeit des Volksbundes ist deshalb eine zutiefst europäische Aufgabe. Denn sie erinnert – bei allen Schwierigkeiten – immer wieder an einen zentralen Grund der europäischen Einigung: zwei grausam geführte Kriege des 20. Jahrhunderts mit Millionen von Toten.

Bildung für den Frieden war und ist immer wichtig – gerade in Zeiten, in denen Menschen ausgegrenzt werden, in denen Rassismus und Antisemitismus wachsen, in denen die Erfahrungen mit unserer Geschichte vergessen zu werden drohen, in denen von vielen „starke Führer“ und „einfache Antworten“ der Demokratie vorgezogen werden.

Der dauerhafte Frieden war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs keine Selbstverständlichkeit. Dafür wurde die EU als erfolgreiches Friedensprojekt gegründet. Diesen Frieden gilt es zu bewahren – dafür steht der Volksbund, auch und gerade mehr als 75 Jahre nach Kriegsende.

»Europa – und in dessen Mitte das deutsch-französische Paar – hat die Pflicht, die Welt nicht ins Chaos abdriften zu lassen und sie auf dem Weg des Friedens zu begleiten. Deshalb muss Europa stärker werden. Deshalb muss Europa mehr Souveränität erlangen. (...) Es lebe Frankreich, es lebe die Bundesrepublik Deutschland, es lebe die deutsch-französische Freundschaft und es lebe Europa!«

**EMMANUEL MACRON IM DEUTSCHEN BUNDESTAG,
VOLKSTRAUERTAG, 18. NOVEMBER 2018**



Präsident Emmanuel Macron bei der zentralen Gedenkstunde zum Volkstrauertag 2018 im Deutschen Bundestag.



Frieden ist nicht selbstverständlich und muss beständig bewahrt werden – diese Aufgabe haben wir alle.



»Wer an Europa zweifelt, wer an Europa verzweifelt, der sollte Soldatenfriedhöfe besuchen!«

**JEAN-CLAUDE JUNCKER,
4. JUNI 2005**

Der Volksbund betreut und pflegt 832 Kriegsgräberstätten in 46 Ländern. Weltweit beteiligen sich Jugendliche an der Erhaltung der Gräber und somit daran, die Erinnerung zu bewahren.



Impressum

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.
Bundesgeschäftsstelle
Sonnenallee 1, 34266 Niestetal

Telefon: +49 (0)561 – 7009 – 0
Telefax: +49 (0)561 – 7009 – 221

E-Mail: info@volksbund.de
Internet: www.volksbund.de

Vertretungsberechtigter Vorstand: Wolfgang Schneiderhan

Konzept, Recherche und Texte: Martin Bayer

Satz und Layout: Svenja Thiel, Carsten Riedel

Lektorat: Birgit Rüge-Fischer, Claudia Berger,
Sebastian Steinebach, Dr. Vasco Kretschmann